

Fichtner, Ferdinand et al.

**Article**

## Sommergrundlinien 2014

DIW Wochenbericht

**Provided in Cooperation with:**

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

*Suggested Citation:* Fichtner, Ferdinand et al. (2014) : Sommergrundlinien 2014, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 81, Iss. 25, pp. 567-594

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/98692>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Sommergrundlinien 2014



**Bericht** von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Aufschwung setzt sich fort 567

Europa und die Weltwirtschaft:  
Expansionstempo wird wieder aufgenommen 568

Deutsche Wirtschaft im moderaten Aufschwung 579

**Interview** mit Ferdinand Fichtner

»Deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs« 595

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen  
Gesamtrechnungen für Deutschland 596

**Am aktuellen Rand** Kommentar von Karl Brenke

Jugendarbeitslosigkeit:  
Bildungsreformen statt Beschäftigungsprogramme 600



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
81. Jahrgang  
17. Juni 2014

#### Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Dr. Kati Schindler  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Kurt Geppert

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Andreas Harasser  
Sebastian Kollmann  
Dr. Claudia Lambert  
Dr. Anika Rasner  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Lektorat

Karl Brenke

#### Textdokumentation

Manfred Schmidt

#### Pressestelle

Renate Bogdanovic  
Tel. +49-30-89789-249  
presse@diw.de

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

**Standard-Abo:** 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

**Studenten-Abo:** 49,90 Euro.

**Probe-Abo:** 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an [leserservice@diw.de](mailto:leserservice@diw.de) oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

#### NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts: Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)

#### RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

## „Das Sozialprodukt im ersten Quartal 1964 Ergebnisse für die Gesamtwirtschaft

In den letzten Monaten des abgelaufenen Jahres waren bereits deutliche Anzeichen einer Wiederbelebung des konjunkturellen Geschehens zu verzeichnen. Dennoch fielen damals die effektiven Ergebnisse der Produktionstätigkeit und Einkommensbildung noch relativ bescheiden aus. Mit voller Kraft setzte der neue Boom – „der vierte“, wie das Wirtschaftsministerium mit Genugtuung konstatiert – im Berichtsquartal ein. Die Zuwachsrates des nominalen Bruttosozialprodukts belief sich auf 11,5 vH; bei nur geringfügigen Preiserhöhungen ergab sich eine reale Expansionsrate von 9,5 vH. Dieser Vergleich der gesamtwirtschaftlichen Produktionsleistung mit der entsprechenden Vorjahrszeit ist freilich verzerrt, da die Witterungsverhältnisse Anfang 1963 wesentlich ungünstiger waren als in diesem Jahr.

Außerdem fiel der strenge Winter 1963 in eine ausgesprochen schwache Konjunkturphase, in der die Produktionskapazitäten auch ohne den Kälteeinbruch nicht ausgelastet worden wären. Bei ausreichender Gesamtnachfrage hätten die Unternehmen viel mehr Gegenanstrengungen unternommen; zumindest in der Industrie wären damals die Produktionseinbußen nicht im tatsächlichen Maße hin- genommen worden. Bei normalem Wetter hätte die Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts im ersten Quartal 1963 wahrscheinlich 3 vH betragen (effektiv: 0 vH). In diesem Fall hätte die reale Wachstumsrate im Berichtszeitraum (I/64) nicht 9,5 vH, sondern witterungsbereinigt „nur“ etwa 6,5 vH erreicht.

aus dem Wochenbericht Nr. 25 vom 19. Juni 1964

# Aufschwung setzt sich fort

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Christoph Große Steffen, Simon Junker, Claus Michelsen, Maximilian Podstawski, Malte Rieth und Kristina van Deuverden

Die deutsche Wirtschaft dürfte im Jahr 2014 um 1,8 Prozent und im Jahr 2015 das Tempo mit einer Rate von 2 Prozent in etwa halten. Sie dürfte damit im Prognosezeitraum mit Raten wachsen, die nur knapp über dem Trend liegen; die leichte Unterauslastung wird somit entsprechend langsam abgebaut. Der Preisauftrieb bleibt schwach.

Die Weltwirtschaft ist zum Jahresauftakt schwächer gewachsen. Dabei reduzierten sowohl die Industrie- als auch die Schwellenländer ihr Expansionstempo. Im Prognosezeitraum wird die geldpolitische Ausrichtung global expansiv bleiben. Die restriktiven Impulse der Finanzpolitik in den Industrieländern werden nachlassen. Nach dem schwachen Jahresauftakt dürfte sich das Wachstumstempo der weltwirtschaftlichen Entwicklung etwas beschleunigen. Kurzfristig machen sich vor allem Nachholeffekte in den USA bemerkbar. Im weiteren Verlauf wird die sich allmählich verbessernde Situation auf dem Arbeitsmarkt in den Industrieländern im Zusammenspiel mit weiterhin niedrigen Inflationsraten die Reallöhne stützen. Dies dürfte den Konsum und im Folgenden die Investitionstätigkeit der Unternehmen anregen. Insgesamt wird die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Weltwirtschaft in den Jahren 2014 und 2015 bei 3,5 Prozent beziehungsweise 3,9 Prozent liegen. Die Inflationsrate dürfte in diesem Zeitraum rund drei Prozent betragen.

Vor diesem weltwirtschaftlichen Hintergrund wird die deutsche Wirtschaft ihren Aufschwung fortsetzen, wenngleich die Raten nur leicht über dem Potentialwachstum liegen dürften. Die Industrie wird nämlich ihre Produktion nur moderat ausweiten. Das robuste Wachstum in den Dienstleis-

tungsbereichen wird durch die merkliche Entwicklung der privaten Konsumausgaben angeschoben. Die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte werden im weiteren Verlauf wieder deutlich zulegen. Die Zahl der Erwerbstätigen ist bis zuletzt kräftig gestiegen. Die Beschäftigung dürfte weiter merklich aufgebaut werden. Alles in allem geht in beiden Jahren die Arbeitslosigkeit zurück, auf 2,88 Millionen in diesem Jahr und auf 2,83 Millionen im Jahr 2015. Die Arbeitslosenquote sinkt in beiden Jahren, auf 6,6 Prozent in diesem und 6,5 Prozent im kommenden Jahr.

Der öffentliche Gesamthaushalt wird in beiden Jahren mit einem Überschuss abschließen. In diesem Jahr wird er in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 0,2 Prozent liegen und im kommenden Jahr auf 0,7 Prozent steigen.

# Europa und die Weltwirtschaft: Expansionstempo wird wieder aufgenommen

Die Weltwirtschaft ist zum Jahresauftakt schwächer gewachsen (Abbildung 1). Dabei reduzierten sowohl die Industrie- als auch die Schwellenländer ihr Expansions-tempo. Unter den Industrieländern entwickelte sich vor allem die US-Wirtschaft schwach, die witterungs-bedingt schrumpfte. Im Euroraum reduzierte sich der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts. Hingegen beschleunigte sich das Wachstumstempo in Japan merklich; dies lag allerdings an steuerlich bedingten Vorzieheffekten. Unter den Schwellenländern fiel vor allem China ins Gewicht, wo der Produktionszuwachs geringer war. Die russische Wirtschaftsleistung ging in Folge der mit der Ukraine-Krise gestiegenen Unsicherheit sogar zurück. Die Krise hat die wirtschaftliche Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Staaten hingegen kaum beeinträchtigt. Alles in allem wirkte meist der Konsum stützend. Die Inflationsraten waren überwiegend moderat.

Die geldpolitische Ausrichtung wird im Prognosezeit-raum global expansiv bleiben. Dies gilt auch für Ja-pan, wenngleich hier erste Spekulationen über einen Ausstieg aus der quantitativen Lockerung aufkamen. Die Europäische Zentralbank richtete ihre Geldpoli-tik jüngst stärker expansiv aus. Zudem ist für die USA und das Vereinigte Königreich mit einem nur langsa-men Auslaufen der unkonventionellen Maßnahmen zu rechnen. Die restriktiven Impulse der Finanzpolitik in den Industrieländern werden nachlassen. Vereinzelt ist sogar mit konjunkturstimulierenden Maßnahmen zu rechnen. Dies gilt insbesondere für China, wo die Regierung gerade ein großangelegtes Konjunkturpro-gramm beschlossen hat.

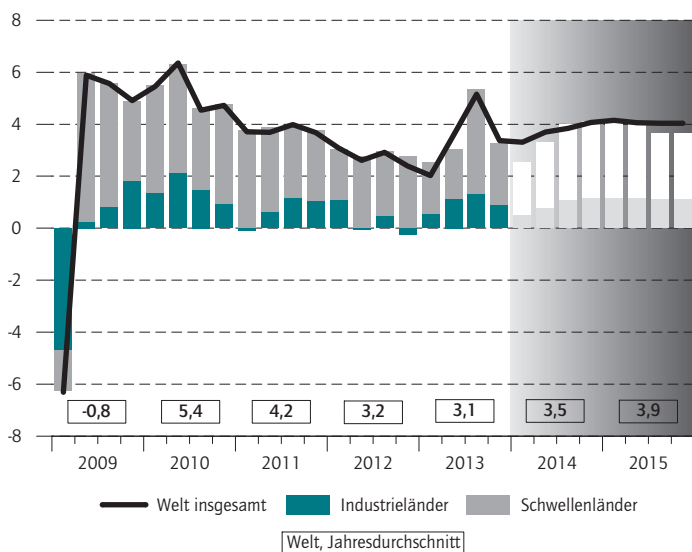
Nach dem schwachen Jahresauftakt dürfte sich das Wachstumstempo der weltwirtschaftlichen Entwick-lung etwas beschleunigen (Tabelle 1). Kurzfristig ma-chen sich vor allem Nachholeffekte in den USA nach dem außergewöhnlich kalten Winter bemerkbar. Im weiteren Verlauf werden die sich allmählich verbessern-de Situation auf dem Arbeitsmarkt in den Industrielän-dern im Zusammenspiel mit weiterhin niedrigen In-flationsraten die Reallöhne stützen. Hinzu kommt die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten, die die Vermögenssituation der Haushalte verbessert. All dies dürfte den Konsum und im Folgenden die In-vestitionstätigkeit der Unternehmen anregen. Insge-samt wird die jahresdurchschnittliche Wachstumsra-te der Weltwirtschaft in den Jahren 2014 und 2015 bei 3,6 Prozent beziehungsweise 4,0 Prozent liegen. Die Inflationsrate dürfte in diesem Zeitraum rund drei Prozent betragen.

Ein Risiko für die Prognose besteht in einem plötzli-chen Anstieg der Renditen in den USA und einem da-rauf folgenden Kapitalabfluss aus den Schwellenlän-dern. Dies würde dort zu einer Verschlechterung der Finanzierungskonditionen führen. Zudem ist insbe-sondere im Euroraum ein Risiko, dass es angesichts hoher Schuldenstände und niedriger Inflation zu lang-anhaltender Stagnation kommt. Noch nicht ausgestan-den ist der Konflikt in der Ukraine. Dadurch kann es zu stark ansteigenden Rohstoffpreisen oder zu einer Verunsicherung der Wirtschaftsteilnehmer vor allem in Russland und manchen osteuropäischen Staaten kommen.

Abbildung 1

## Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Für die Weltwirtschaft ist in den Jahren 2014 und 2015 mit einer sich festigenden Wirtschaftsentwicklung zu rechnen.

Tabelle 1

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft**

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Euroraum	-0,6	-0,4	0,9	1,4	2,5	1,3	0,7	1,1	11,4	12,1	11,8	11,6
Frankreich	0,4	0,4	0,6	1,4	2,0	0,9	0,9	1,1	9,7	10,3	10,4	10,1
Italien	-2,4	-1,8	0,1	0,9	3,3	1,3	0,4	0,7	10,6	12,2	13,0	13,2
Spanien	-1,6	-1,2	1,2	1,3	2,4	1,4	-0,2	0,1	24,8	26,1	24,9	23,9
Niederlande	-1,3	-0,8	0,1	1,7	2,8	2,6	0,8	1,3	5,3	6,7	7,6	7,3
Vereinigtes Königreich	0,3	1,7	2,8	2,1	2,8	2,6	1,9	2,1	8,0	7,5	6,8	6,5
USA	2,8	1,9	2,1	3,1	2,1	1,5	1,6	2,1	8,1	7,4	6,2	5,7
Japan	1,4	1,5	1,6	1,6	-0,1	0,4	1,0	0,4	4,3	4,0	3,8	3,8
Südkorea	2,3	3,0	3,8	3,9	2,2	1,3	1,4	2,0	3,2	3,1	3,1	3,0
Mittel- und Osteuropa	1,3	2,5	3,5	3,0	5,9	4,2	4,1	4,1	9,3	9,6	9,1	9,0
Russland	3,3	1,4	1,0	2,7	5,1	6,7	5,8	6,2	5,4	5,5	5,2	5,1
China	7,7	7,6	7,2	7,1	2,7	2,6	3,1	2,8	4,0	3,9	3,8	3,8
Indien	4,8	4,3	5,1	5,3	9,3	10,9	8,3	7,4	-	-	-	-
Brasilien	1,0	2,5	1,8	2,7	5,4	6,2	5,8	5,3	5,5	5,4	5,1	5,1
Mexiko	3,7	1,3	2,6	3,9	4,1	3,8	4,0	3,6	5,0	4,9	4,8	4,8
Industrieländer	1,3	1,2	1,8	2,4	2,0	1,3	1,3	1,6	8,4	8,2	7,5	7,2
Schwellenländer	5,2	5,0	5,1	5,4	4,7	5,1	4,8	4,5	5,1	5,1	4,9	4,8
Welt	3,2	3,1	3,5	3,9	3,3	3,2	3,0	3,1	6,8	6,7	6,2	6,1

Quelle: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

**Vereinigte Staaten**

In den Vereinigten Staaten schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal des laufenden Jahres um annualisiert 1,0 Prozent (Abbildung 2). Diese schwache Entwicklung ist in erster Linie auf den außergewöhnlich harten Winter zurückzuführen. Vor allem die Investitionen gingen deutlich zurück, während sich der private Konsum robust entwickelte. Die Aufwärtsdynamik der US-Wirtschaft, die im letzten Quartal des Jahres 2013 um 2,6 zugelegt hatte, bleibt intakt. Im weiteren Jahresverlauf wird die US-Wirtschaft kräftig zulegen; kurzfristig wirken auch Nachholeffekte.

Der private Konsum wird in den kommenden Quartalen ein Wachstumstreiber der US-Wirtschaft sein und dürfte insbesondere durch die allmähliche Erholung am Arbeitsmarkt getragen werden (Abbildung 3). Die Zahl der neugeschaffenen Stellen lag in den vergangenen zwölf Monaten bei durchschnittlich 197 000. Nachdem der Zuwachs im ersten Quartal aufgrund des kalten Winters etwas geringer ausgefallen war, konnten im April und Mai kräftige Anstiege von 282 000 und 217 000 neuen Stellen verzeichnet werden. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Arbeitslosenquote innerhalb eines Jahres um mehr als einen Prozentpunkt zurückgegangen und lag im Mai noch bei 6,3 Prozent. Allerdings ist die Zahl der Unterbeschäftigten – also jene in

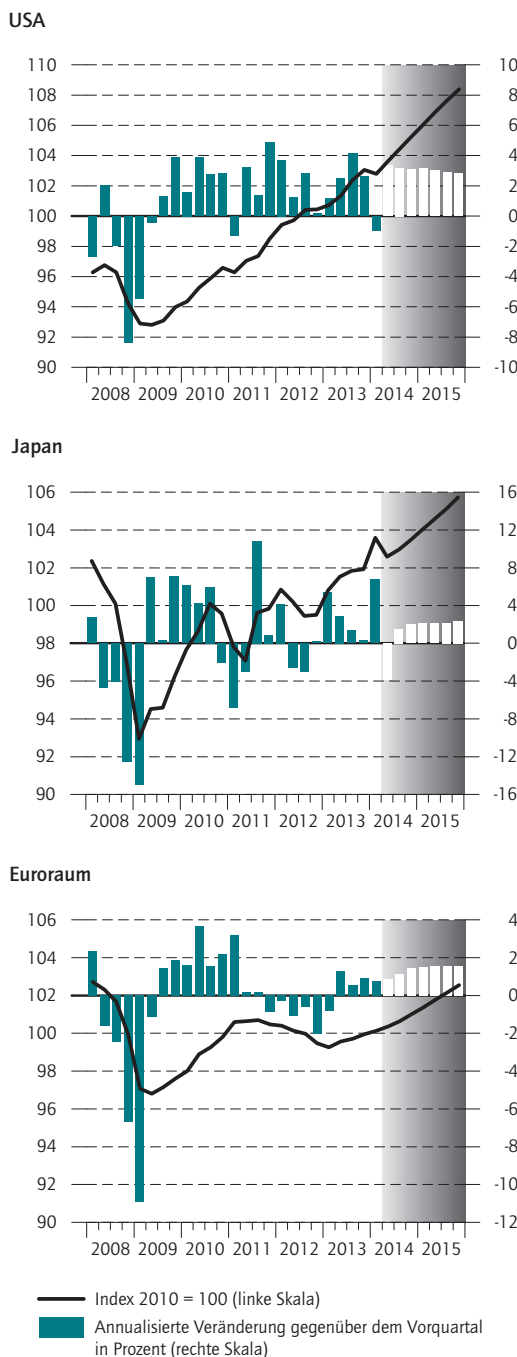
Teilzeit arbeitenden Personen, die ihre Arbeitszeit erhöhen möchten – und die Zahl jener, die sich zumindest vorübergehend aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen haben, weiterhin hoch. Im Zuge dieser allmählichen Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt haben die verfügbaren Einkommen in realer Rechnung in den vergangenen Quartalen einen leichten Aufwärtstrend aufgewiesen (Abbildung 4). Dies wird sich in den kommenden Quartalen fortsetzen und den privaten Konsum stützen. Auf ein anhaltendes Konsumwachstum deuten auch die Indizes für das Konsumentenvertrauen des Conference Boards und der University of Michigan hin.

Die Erholung des Wohnungsbaus hat sich – zuletzt auch bedingt durch die außergewöhnlich harte Witterung – in den Wintermonaten nicht fortgesetzt. Die Baubeginne waren im Winter stark rückläufig und die Preise für Einfamilienhäuser sind gesunken (Abbildung 5). Nachholeffekte und die weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage verleihen dem Wohnungsbau nun aber wieder positive Impulse. Auch die Unternehmensinvestitionen waren im ersten Quartal rückläufig, nachdem sie im Vorquartal noch kräftig zugelegt hatten. In den kommenden Quartalen werden sich die Investitionen vor dem Hintergrund des Anstiegs der Konsumnachfrage und eines im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung anziehenden Ex-

Abbildung 2

**Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum**

In Prozent



Quellen: Nationale statistische Ämter, Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Konjunktur in der Eurozone überraschte positiv. In der USA und Japan fiel der Anstieg der Produktion etwas geringer als zuvor aus.

portwachstums wieder erhöhen. Auch die Importe werden – getrieben durch die private Konsumnachfrage und die Einfuhr von Vorleistungsgütern – wieder steigen; die Wachstumsraten bleiben aber unter jenen der Exporte. Das Handelsbilanzdefizit wird deshalb leicht zurückgehen.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Erholung dürfte die US-Notenbank damit fortfahren, die geldpolitische Ausrichtung weniger expansiv zu gestalten. Zum Ende des vergangenen Jahres hat die Fed damit begonnen, das Ausmaß der monatlichen Käufe von Staatsanleihen und Hypothekensicherheiten von ursprünglich 85 Milliarden US-Dollar schrittweise zu reduzieren; im Mai wurden noch Wertpapiere im Umfang von 45 Milliarden US-Dollar gekauft. Das Programm der quantitativen Lockerung wird im Herbst dieses Jahres auslaufen. Bei der Zinspolitik hingegen ist vorerst keine Änderung zu erwarten. Der Preisdruck bleibt im laufenden Jahr noch gering; die Inflation wird erst im Jahr 2015 über zwei Prozent steigen. Im Verlaufe des Jahres 2015 dürfte die Notenbank anfangen, ihre Leitzinsen leicht und schrittweise zu erhöhen. Insgesamt wird die Geldpolitik aber weiterhin expansiv ausgerichtet bleiben. Auch die Finanzpolitik ist nach dem Abflauen der politischen Auseinandersetzungen um die Verabschiedung des Bundeshaushalts und die Anhebung der Schuldenobergrenze nicht mehr restriktiv ausgerichtet.

Alles in allem wird die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um 2,1 Prozent zulegen. Im Jahr 2015 wird die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts bei 3,1 Prozent liegen.

**Japan**

Das Bruttoinlandsprodukt in Japan ist im ersten Quartal 2014 um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorquartal gestiegen, nach 0,2 Prozent in der Periode zuvor. Der unerwartet hohe Zuwachs war vor allem durch eine anziehende inländische Nachfrage getragen. So haben die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben um 2,1 Prozent ausgedehnt. Die Unternehmensinvestitionen fielen um drei Prozent höher aus. Die Exporte konnten nach einigen schwachen Quartalen um knapp sechs Prozent, die Importe im Zuge der kräftigen Konsumnachfrage im Inland um etwa 6,5 Prozent expandieren.

Der starke Anstieg der wirtschaftlichen Aktivität bedeutet indes nicht, dass die konjunkturelle Entwicklung fortan stärker von der privaten Nachfrage getragen wird. Die Entwicklung lässt sich vor allem mit Vorzieheffekten begründen, die auf die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von fünf auf acht Prozent im April zurückzuführen sind. Viele private Haushalte haben ohnehin geplante Anschaffungen bereits in den ersten

Monaten des Jahres getätigt. Diese Nachfrage wird im zweiten Quartal fehlen. Auch die Stimmungslage deutet nicht auf einen kräftig Aufschwung hin: Der Konsum wird eher schwach ausgeweitet. Der Tankan-Index weist auf mäßige Zuwächse der Investitionen hin. Im Zuge der Erholung der Weltkonjunktur dürften die Exporte nach und nach anziehen. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird in den Jahren 2014 und 2015 jeweils bei 1,6 Prozent liegen.

**China**

Das Wachstum der Produktion in China ist im ersten Quartal des Jahres mit 1,6 Prozent etwas schwächer als in den Vorquartalen ausgefallen. Hinter der Entwicklung stehen vor allem geringere Zuwächse bei Unternehmensinvestitionen und Exporten. Dagegen sind die Konsumausgaben der privaten Haushalte stärker gestiegen. Dazu haben insbesondere hohe Lohnzuwächse beigetragen.

Das steigende Gewicht des privaten Konsums im Wachstumsprozess ist politisch durchaus gewollt, um das Land weniger anfällig gegenüber weltwirtschaftlichen Schocks zu machen. Das Wachstum, das seit der globalen Finanzkrise durch massive Konjunkturprogramme gestützt wurde, soll damit auf eine breitere Grundlage gestellt werden. Im Zuge des Umbaus der Wirtschaft werden geringere Wachstumsraten realisiert.

Tatsächlich deutet allerdings wenig auf eine weitere Verlangsamung hin. Stimmungsindikatoren wie der Einkaufsmanagerindex haben sich zuletzt leicht verbessert. Die Regierung steuerte zudem bereits der Abschwächung entgegen. Man zu weiteren Ausgabeprogrammen bereit, selbst wenn dadurch die wirtschaftliche Transformation hinausgezögert würde. Bei einer Inflation, die unter 2,5 Prozent liegt, bleibt außerdem reichlich Spielraum für geldpolitische Maßnahmen.

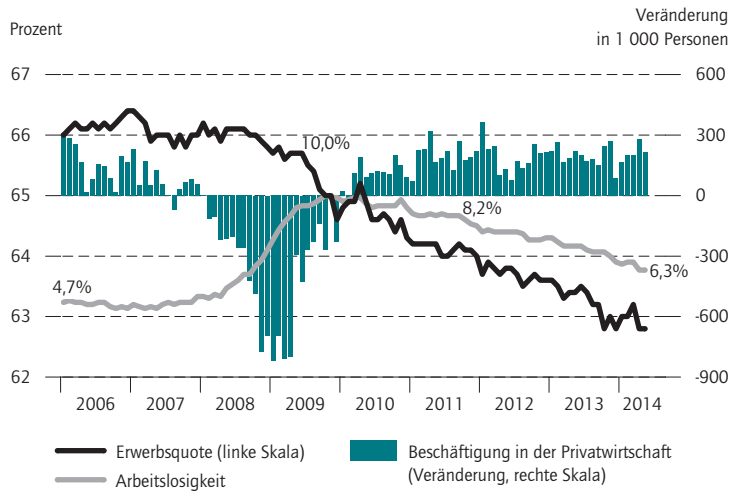
Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in China in diesem Jahr um 7,2 Prozent steigen. Im nächsten Jahr ist eine marginal schwächere Rate zu erwarten, weil der weitere Umbau der chinesischen Wirtschaft die Expansion bremst.

**Euroraum**

Die seit Anfang 2013 zu beobachtende Belebung der Wirtschaft im Euroraum setzte sich im ersten Quartal 2014 fort. Das Bruttoinlandsprodukt legte um 0,2 Prozent zu, mit unverändertem Expansionstempo. Allerdings war das Wachstum in den Mitgliedsländern sehr heterogen (Abbildung 6). In einigen Volkswirtschaften haben zum Jahresauftakt Steuerrechtsänderungen

Abbildung 3

**Arbeitsmarktsituation in den USA**  
Monats- und Quartalsdaten, saisonbereinigt



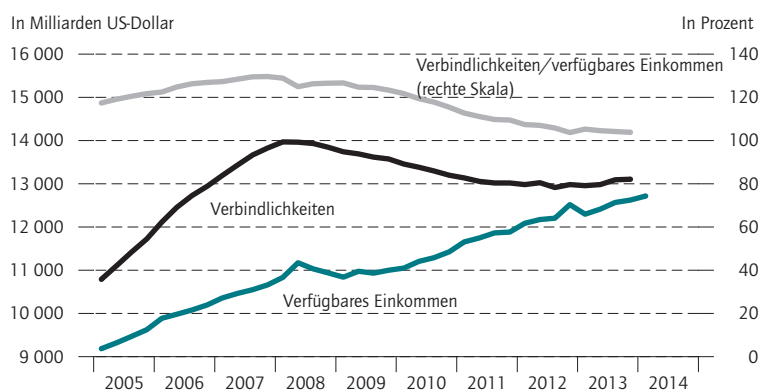
Quelle: Bureau of Labor Statistics.

© DIW Berlin 2014

Der Arbeitsmarkt hat sich zuletzt weiter erholt. Die Beschäftigungszuwächse waren kräftig und die Arbeitslosenquote ist deutlich zurück gegangen.

Abbildung 4

**Haushaltseinkommen und -ausgaben in den USA**  
Index Januar 2008 = 100



Quellen: Federal Reserve; Bureau of Economic Analysis.

© DIW Berlin 2014

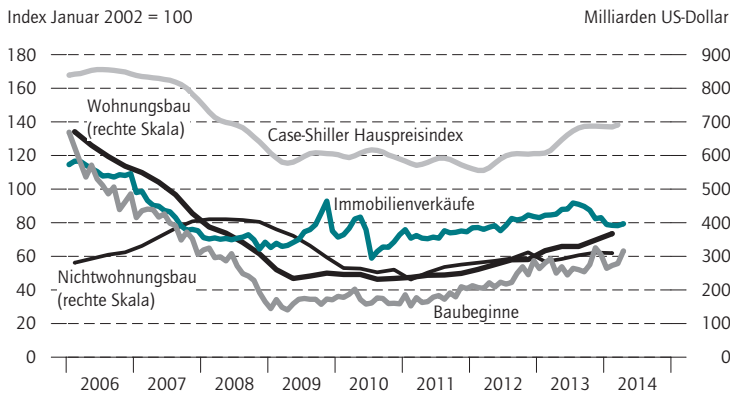
Die Einkommen der US-Haushalte steigen im Trend deutlich. Dies stützt die Konsumententwicklung.

zu Sonderentwicklungen geführt; der in weiten Teilen Europas ungewöhnlich milde Winter hat sich zudem unterschiedlich auf die Konjunktur ausgewirkt. In ei-



Abbildung 5

**Immobilienmarkt in den USA**



Quellen: Bureau of the Census; NAR; S&P; Bureau of Economic Analysis.

© DIW Berlin 2014

Die Erholung am Immobilienmarkt ist zuletzt zum Erliegen gekommen.

nigen Volkswirtschaften beeinflussten die günstigen Wetterbedingungen die Investitions- und vor allem die Bautätigkeit positiv – insbesondere in Deutschland; dieser Effekt kam dagegen vor allem in den Ländern, die noch unter den Folgen einer geplatzten Immobilienblase leiden, kaum zum Tragen. Vielerorts wurde die Konsumnachfrage durch den niedrigen Energieverbrauch gedämpft<sup>1</sup>; produktionswirksam wurde dieser Effekt vor allem in Volkswirtschaften, die einen großen Teil ihres Energiebedarfs selbst produzieren.

Die Composite Leading Indicators der OECD weisen auf eine Erholung in den großen Mitgliedsländern und der Währungsunion im Ganzen hin (Abbildung 7). Im Umfeld allmählich zurückgehender Arbeitslosigkeit und sehr geringer Preisanstiege dürfte die Konsumnachfrage an Dynamik gewinnen; dies zeigt sich auch in der weiterhin steigenden Konsumentenversicht. Auch die Investitionstätigkeit dürfte im Zuge der weltweit kräftigeren Wirtschaftsentwicklung und damit zunehmender Exportmöglichkeiten etwas anziehen.

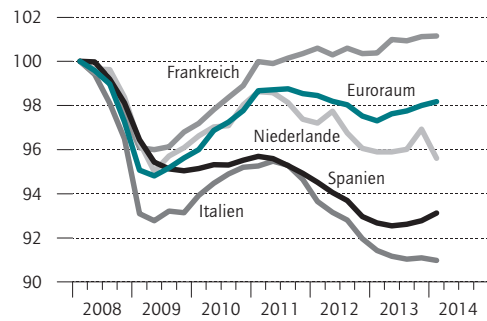
Alles in allem dürfte die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum weiter aufwärts gerichtet bleiben; kräftiges Wachstum ist aber nicht zu erwarten. Die hohe öffentliche und private Verschuldung sowie die zwar allmählich sinkende, aber weiterhin hohe Arbeitslosigkeit

<sup>1</sup> Die nur geringen Ausgaben der Haushalte für Energie haben sich offenbar kaum in steigender Nachfrage nach anderen Konsumgütern ausgewirkt; dies dürfte daran liegen, dass der Energieverbrauch in den meisten Euro-Ländern jährlich abgerechnet wird und entsprechende Einsparungen daher zunächst nicht konsumwirksam werden können.

Abbildung 6

**Reales Bruttoinlandsprodukt in Europa**

Index 1. Quartal 2008 = 100



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2014

Im Euroraum war die wirtschaftliche Entwicklung zum Jahresauftakt heterogen.

wird die Binnennachfrage vielerorts belasten. So ist für das laufende und das kommende Jahr lediglich mit einer Wachstumsrate von etwa einem Prozent zu rechnen.

Die Inflationsrate im Euroraum lag mit 0,7 Prozent im Mai weit unterhalb des von der Notenbank angestrebten Ziels von unter aber nahe zwei Prozent. In diesem Umfeld hat die Europäische Zentralbank (EZB) den Expansionsgrad der Geldpolitik zuletzt nochmals erhöht; auf die Gefahr einer Deflationsspirale hat sie Anfang Juni mit einem breit angelegten Paket von Maßnahmen reagiert. Neben einer Senkung der Leitzinsen – und damit einer Inkaufnahme negativer Einlagezinsen – hat sie Maßnahmen beschlossen, die die Kreditvergabe von Banken an Unternehmen und Haushalte im Euroraum anregen sollen. Insbesondere werden über die „gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte“ bis zu 400 Milliarden Euro an langlaufenden Krediten angeboten, mit denen die Geschäftsbanken ihre bereits ausgegebenen Kredite an Unternehmen und Haushalte refinanzieren sollen.<sup>2</sup> Weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Kreditvergabe wurden in Aussicht gestellt.<sup>3</sup>

Es ist nicht davon auszugehen, dass die geldpolitischen Maßnahmen die Konjunktur im Euroraum erheblich beeinflussen werden. Vieles spricht dafür, dass die ge-

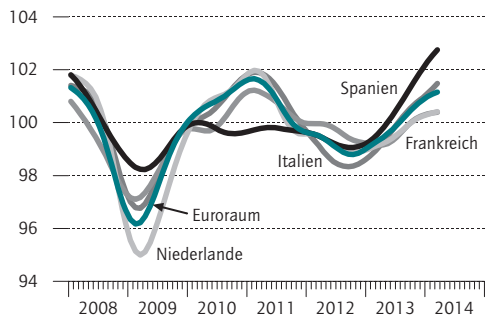
<sup>2</sup> Im Unterschied zu den früheren längerfristigen Refinanzierungsgeschäften ist eine Refinanzierung von Krediten an den Staat nicht möglich.

<sup>3</sup> EZB Introductory statement to the press conference, 5. Juni 2014, www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2014/html/is140605.en.html.

Abbildung 7

**Composite Leading Indicator**

Punkte



Quelle: OECD.

© DIW Berlin 2014

Die Indikatoren signalisieren eine sich beschleunigende Erholung im Euroraum.

ringe Kreditvergabe der Banken in den Krisenländern vor allem mit der schwachen Nachfrage nach Krediten zusammenhängt, da sich die Unternehmen aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage und des Fehlens von Absatzmöglichkeiten mit größeren Ausgaben zurückhalten.<sup>4</sup> Die verbesserte Refinanzierungssituation der Banken dürfte sich daher nur wenig auf die Kreditvergabe und damit auf die wirtschaftliche Dynamik im Euroraum auswirken, und die Inflation im Euroraum wird weit unter der Zielinflationsrate verharren.

**Frankreich**

Die wirtschaftliche Entwicklung in Frankreich hat zum Jahresauftakt stagniert, nachdem das Bruttoinlandsprodukt im vierten Quartal des vergangenen Jahres um 0,2 Prozent gestiegen war. Die private Konsum- und die Investitionsnachfrage sind zum Jahresauftakt gesunken; auch der Außenhandel hat das Wachstum gebremst. Gestiegen ist indes die öffentliche Nachfrage.

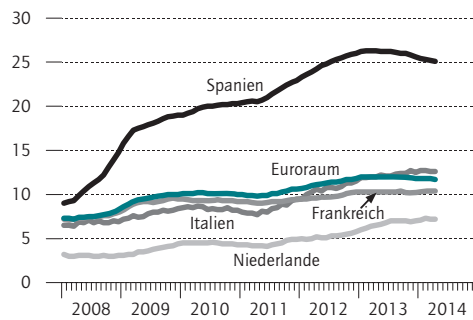
Die private Konsumnachfrage ging vor allem wegen merklicher Steuererhöhungen zur Jahreswende zurück. So wurden die Mehrwertsteuersätze deutlich angehoben und die Tabaksteuer erhöht. Deutlich rückläufig war die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, nachdem Vorzieheffekte vor der Mehrwertsteuererhöhung zum Jahreswechsel im Schlussquartal des vergangenen Jah-

<sup>4</sup> Bernoth, K., Fratzscher, M., König, P. (2014): Schwache Preisentwicklung und Deflationsgefahr im Euroraum: Grenzen der konventionellen Geldpolitik. DIW Wochenbericht Nr. 12/2014.

Abbildung 8

**Arbeitslosenquote im europäischen Vergleich**

In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2014

Die Arbeitslosigkeit geht in fast allen Euroländern allmählich zurück.

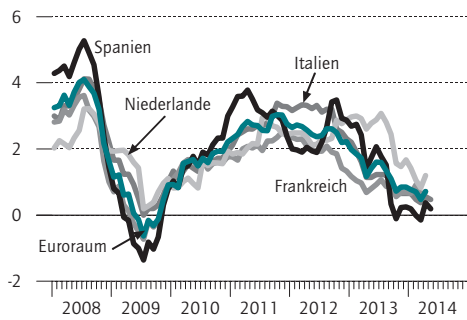
res zu einer kräftigen Entwicklung beigetragen hatten. Zudem ging die Energienachfrage im ersten Quartal – auch wegen der jahreszeitenuntypisch milden Temperaturen – merklich zurück. Im Jahresverlauf dürfte die Konsumnachfrage nur wenig anziehen; die Arbeitslosigkeit ist anhaltend hoch – bis März ist die Quote auf 10,4 Prozent gestiegen (Abbildung 8) – und der seit Anfang 2011 erstmalige Anstieg der Beschäftigung im vierten Quartal wurde durch einen Rückgang im ersten Quartal mehr als aufgezehrt. Die Konsumentenstimmung verharrt weiter unter dem langjährigen Durchschnitt. Stützen dürfte den privaten Verbrauch der geringe Preisauftrieb von zuletzt 0,7 Prozent (Abbildung 9), der merklich unter dem Lohnanstieg von gut 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr liegt. Vom privaten Verbrauch ist so alles in allem eine weiter aufwärtsgerichtete, aber wenig dynamische Entwicklung zu erwarten.

Auch die Investitionen sind zum Jahresauftakt deutlich zurückgegangen. Vor allem bei den Unternehmensinvestitionen dürften Sondereffekte eine Rolle gespielt haben; so haben die seit der Jahreswende geltenden strengeren Abgasrichtlinien für Lkw zu einem Vorziehen der Nachfrage ins Schlussquartal des vergangenen Jahres geführt. Beim Wohnungsbau dürfte sich die Mehrwertsteuererhöhung ausgewirkt haben und die bereits seit Anfang 2012 rückläufige Bautätigkeit zusätzlich beeinträchtigt haben. In den kommenden Quartalen dürfte die Investitionstätigkeit der Unternehmen allmählich Tritt fassen, da im Zuge einer sich aufhellenden Lage im Euroraum die Exporte an Dynamik gewinnen dürften; diese sind im ersten Quartal zwar kaum gestiegen,

Abbildung 9

**Inflation im europäischen Vergleich**

In Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2014

Die Inflation im Euroraum ist sehr niedrig und geht vielerorts weiter zurück.

legen dem Trend nach aber mit zunehmendem Tempo zu. Die Importe sind zum Jahresauftakt kräftig gestiegen, so dass der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zuletzt negativ war. Über den Prognosezeitraum ist im Zuge der sich allmählich belebenden Binnennachfrage mit insgesamt recht kräftigen Importen und nur geringen positiven Wachstumsbeiträgen des Außenhandels zu rechnen.

Die Finanzpolitik wirkt weniger expansiv. Im Prognosezeitraum stehen Ausgabenkürzungen – insbesondere Einschnitte beim Personal im öffentlichen Dienst sowie Kürzungen im sozialen Bereich – an; der Spielraum für einnahmeerhöhende Maßnahmen ist angesichts bereits hoher Abgaben gering.

Alles in allem dürfte sich die französische Wirtschaft nur allmählich erholen. Im Vergleich zum Jahr 2013, als sie im Durchschnitt nur um 0,3 Prozent gewachsen ist, beschleunigt sich die Entwicklung zwar etwas. Mit 0,6 Prozent in diesem Jahr und gut einem Prozent im kommenden Jahr bleibt das Wachstum aber insgesamt verhalten.

**Spanien**

In Spanien hat sich die wirtschaftliche Erholung fortgesetzt. Zum Jahresauftakt legte die spanische Wirtschaft um 0,4 Prozent zu; dies war die höchste Wachstumsrate der vergangenen sechs Jahre. Gestützt wird die Erholung in erster Linie durch die trotz der hohen Arbeitslosigkeit kräftige Konsumnachfrage. Zum Jahresauftakt ist außerdem die öffentliche Nachfrage stark gestiegen.

Im Prognosezeitraum dürfte aber vor allem die Exporttätigkeit die Produktion antreiben. Zum Jahresauftakt haben die Ausfuhren zwar etwas nachgegeben, während gleichzeitig die Importe kräftiger zugelegt haben, so dass der Wachstumsbeitrag des Außenhandels zuletzt negativ war. Alles in allem ist die spanische Exporttätigkeit aber recht robust. Im Jahr 2013 sind die Exporte um fast sieben Prozent gestiegen. Im Prognosezeitraum dürften die Exporte weiter merklich zulegen. Neben der allmählichen Erholung der Weltwirtschaft und insbesondere wichtiger Handelspartner im Euroraum kommt dabei den spanischen Exporteuren auch eine graduelle Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zugute. Angesichts einer anhaltend schwachen Binnennachfrage und insbesondere einer gedämpften Investitionstätigkeit ist im Prognosezeitraum nicht mit einer kräftigen Entwicklung der Importe zu rechnen; der Außenhandel dürfte wie in den vergangenen Jahren per Saldo positiv zum Wachstum beitragen.

Die wirtschaftliche Erholung ist allmählich auch auf dem Arbeitsmarkt spürbar. Die Arbeitslosigkeit ist zwar im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und auch im historischen Vergleich nach wie vor sehr hoch; im April 2014 lag die Arbeitslosenquote bei 25,1 Prozent, gut einen Prozentpunkt unter ihrem Höchstwert vom Frühjahr vergangenen Jahres. Die Beschäftigung lag im ersten Quartal auf dem Niveau des Schlussquartals 2013; die bis Mitte vergangenen Jahres zu beobachtenden Rückgänge sind damit zum Stillstand gekommen. Inzwischen hat sich die Einkommenssituation stabilisiert; die Bruttolohnsumme lag im ersten Quartal nur leicht unter dem Vorjahreswert. In diesem Umfeld blicken die Haushalte immer optimistischer in die Zukunft (Abbildung 10). Im weiteren Verlauf dürfte sich die Arbeitsmarktsituation allmählich verbessern und die Konsumnachfrage stützen. Angesichts der anhaltend hohen Verschuldung der privaten Haushalte ist beim Konsum aber bis auf weiteres keine kräftige Entwicklung zu erwarten.

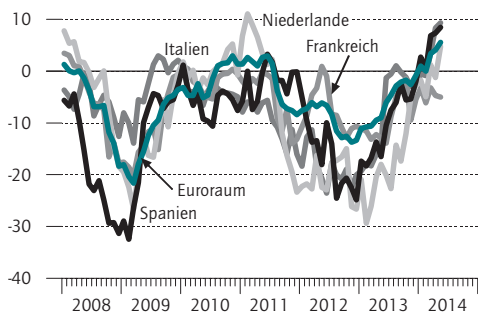
Die Ausrüstungsinvestitionen sind im ersten Quartal 2014 weiter gestiegen; auch im Prognosezeitraum dürfte die Investitionstätigkeit der Unternehmen im Zuge der günstigen Exportmöglichkeiten leicht zulegen. Darauf lässt auch der Einkaufsmanagerindex für das produzierende Gewerbe schließen, der sich deutlich über der 50-Punkte-Marke stabilisiert hat; im Mai lag er bei 52,9 Punkten auf einem Vier-Jahres-Hoch. Die Bauinvestitionen sind hingegen weiterhin deutlich rückläufig. Angesichts der immer noch fallenden Hauspreise ist auch im Prognosezeitraum nicht mit einer Erholung des Wohnungsbaus zu rechnen, wenngleich sich dessen Rückgang allmählich abschwächen wird.

Fiskalische Spielräume zur Stimulierung der Konjunktur bestehen eigentlich nicht. Das Defizit in den öffent-

Abbildung 10

**Konsumentenübersicht in Europa**

Indexpunkte, Abweichung vom langjährigen Durchschnitt



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2014

Die Konsumentenstimmung ist in den meisten Ländern kräftig gestiegen.

lichen Haushalten ist zwar merklich zurückgegangen, liegt aber mit sieben Prozent immer noch weit entfernt von der Drei-Prozent-Grenze des Maastricht-Vertrags. Dennoch hat die Regierung – nach den deutlichen Verlusten bei der Europawahl – für 2015 ein Konjunkturprogramm im Umfang von gut sechs Milliarden Euro – rund 0,6 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – und Steuersenkungen angekündigt. Im Prognosezeitraum dürfte die Finanzpolitik daher expansiv auf die wirtschaftliche Entwicklung wirken.

Alles in allem dürfte die Wirtschaftsleistung Spaniens im Jahr 2014 um gut ein Prozent steigen, nach einem Rückgang von 1,2 Prozent im vergangenen Jahr. Im Jahr 2015 dürfte das Wachstum in etwa vergleichbar sein.

**Italien**

Die italienische Wirtschaft hat auch im ersten Quartal stagniert. Etwas gestiegen ist der private Konsum. Dies liegt unter anderem an der Entwicklung der Löhne, die derzeit stärker zunehmen als die Preise. Auch das Konsumentenvertrauen ist stark gestiegen und deutet auf ein Anziehen der Konsumnachfrage hin. Demgegenüber nimmt die Beschäftigung weiter ab; die Arbeitslosenquote liegt derzeit bei 12,6 Prozent. Insgesamt dürften die Löhne im weiteren Verlauf durch die hohe Arbeitslosigkeit leicht unter Druck geraten. Damit ist zunächst mit weiter positiven, jedoch abnehmenden Wachstumsbeiträgen des privaten Verbrauchs zu rechnen.

Die privaten Investitionen sind im ersten Quartal um 1,1 Prozent zurückgegangen. Die Auftragseingänge im

März deuten aber auf eine leichte Besserung der Investitionstätigkeit hin; sie wird dennoch im laufenden Jahr schwach bleiben. Die Finanzierungsbedingungen sind laut der regelmäßigen Bankenumfrage der italienischen Notenbank anhaltend restriktiv; kurzfristig ist keine Änderung zu erwarten. Die Einkaufsmanagerindizes deuten allenfalls auf eine schwache Expansion hin. Außerdem hemmt die politische Unsicherheit über Umsetzung und Inhalte der angekündigten Reformpakete die Investitionsbereitschaft. Es ist zu erwarten, dass sich mit einer Konkretisierung der Reformpläne die private Investitionstätigkeit im Laufe des nächsten Jahres leicht beleben dürfte.

Die Exporte haben zuletzt an Tempo verloren und dürften angesichts weiter steigender Lohnstückkosten nur geringfügig von der Erholung der Weltkonjunktur profitieren. Die Importe dürften wegen der weniger zunehmenden Konsumnachfrage weiter an Dynamik verlieren. Vom Außenhandel ist daher im Prognosezeitraum kein positiver Wachstumsbeitrag zu erwarten, der Leistungsbilanzüberschuss bleibt erhalten.

Die Finanzpolitik dürfte insgesamt etwas weniger restriktiv ausgerichtet sein, da mit einem Defizit von 2,6 Prozent wohl das Defizitkriterium im Jahr 2014 erreicht werden wird. Konsolidierungsbedarf besteht indes weiterhin, da Italien mit 135 Prozent Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 einen der höchsten Schuldenstände in der Währungsunion aufweist. Die niedrigen Inflationsraten von 0,5 Prozent im Mai verstärken diese Problematik noch, da sich die reale Schuldenbelastung inflationsbedingt kaum abbaut. Die Inflation dürfte im Prognosezeitraum deutlich unter dem Ziel der EZB verharren.

Alles in allem dürfte die italienische Volkswirtschaft im Jahr 2014 stagnieren. Für das Jahr 2015 ist mit einer leichten Belebung der Exporte und des privaten Konsums zu rechnen, sodass ein Wirtschaftswachstum von knapp einem Prozent erreicht werden dürfte.

**Niederlande**

Die Wirtschaftsleistung der Niederlande ging im ersten Quartal um 1,4 Prozent zurück. Verantwortlich für den relativ deutlichen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts zum Jahresauftakt sind jedoch vor allem Sondereffekte.

Der äußerst milde Winter sorgte in den Niederlanden für einen starken Einbruch des privaten Verbrauchs von Erdgas.<sup>5</sup> Der damit verbundene Rückgang des Konsums

<sup>5</sup> Siehe dazu die Analyse des niederländischen Statistikamtes, [www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/macro-economie/publicaties/artikelen/archief/2014/2014-032-pb.htm](http://www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/macro-economie/publicaties/artikelen/archief/2014/2014-032-pb.htm).

im ersten Quartal um fast ein Prozent ist maßgeblich verantwortlich für den Einbruch zu Jahresbeginn. Abgesehen davon erholt sich der private Verbrauch in den Niederlanden allmählich. Bereits seit Mitte vergangenen Jahres ist das Konsumentenvertrauen deutlich aufwärts gerichtet. Die niedrige Inflation von 1,2 Prozent im April stützte die Kaufkraft der privaten Haushalte leicht. Belastend wirkt hingegen die schlechte Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. So nahm die Zahl der Beschäftigten im ersten Quartal um etwa 30 000 ab; die Arbeitslosenquote stieg im April auf 7,2 Prozent. Darüber hinaus sinkt die Partizipationsrate insbesondere bei jüngeren Leuten, die länger in der Ausbildung bleiben. Weiterhin werden reguläre Stellen in flexiblere und geringer entlohnte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt; dies belastet die Einkommen.<sup>6</sup> Eine Trendwende am Arbeitsmarkt ist derzeit noch nicht in Sicht und dürfte erst allmählich mit einem stärkeren Anziehen der ausländischen Nachfrage einsetzen.

Der Investitionen sind im ersten Quartal um 3,5 Prozent eingebrochen; dies beruht allerdings auch auf einem Sondereffekt: Eine steuerliche Änderung begünstigte den Erwerb von Kfz noch vor Jahresende 2013 und führte zu einer entsprechenden Nachfrageschwäche zum Jahresauftakt. Für den weiteren Verlauf deutet der Geschäftsklimaindex des niederländischen Statistikamtes auf eine verhalten positive Entwicklung hin; stützend wirken dürften insbesondere vermehrte Exporte. Die Bautätigkeit nimmt schon seit geraumer Zeit kräftig zu; die Immobilienpreise stabilisieren sich seit einigen Quartalen. Auch für den weiteren Verlauf ist mit einer Erholung der Investitionstätigkeit zu rechnen.

Der Außenhandel trug mit 0,5 Prozentpunkten zuletzt positiv zum Wachstum bei. Während die Exporte um 0,7 Prozent zulegen konnten, gingen die Importe leicht zurück. Von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung wichtiger Handelspartner wie Deutschland, Großbritannien und den USA dürften die niederländischen Exporte im Prognosezeitraum profitieren. Dem steht eine nur moderate Entwicklung im übrigen Euroraum gegenüber, sodass insgesamt vom Außenhandel ein geringer positiver Impuls auf die niederländische Konjunktur ausgeht.

Die Finanzpolitik dürfte weniger expansiv ausgerichtet sein. Das Defizit in den öffentlichen Haushalten dürfte im Jahr 2014 gegenüber dem Jahr 2013 wieder leicht ansteigen, jedoch knapp unterhalb der Drei-Prozent-Grenze verbleiben.

<sup>6</sup> Siehe dazu die Einschätzung des niederländischen Statistikamtes [www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/arbeid-sociale-zekerheid/publicaties/artikelen/archief/2014/2014-05-28-k07.htm](http://www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/arbeid-sociale-zekerheid/publicaties/artikelen/archief/2014/2014-05-28-k07.htm).

Aufgrund des schwachen Jahresauftaktes wird die niederländische Wirtschaftsleistung 2014 im Vergleich zum Vorjahr stagnieren. Durch zunehmend positive Impulse aus dem Außenhandel dürfte sich gegen Ende des Prognosehorizonts auch die Binnenkonjunktur wieder erholen. Für das kommende Jahr ist daher insgesamt mit einem Wachstum von gut eineinhalb Prozent zu rechnen.

## Vereinigtes Königreich

Das kräftige Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich setzt sich fort. Im ersten Quartal 2014 legte das Bruttoinlandsprodukt um 0,8 Prozent zu. Die Binnenwirtschaft nimmt Prognosezeitraum Fahrt auf und dürfte das Wachstum mehr und mehr anschieben.

Die Beschäftigung nimmt zu; im ersten Quartal wurden knapp 300 000 zusätzliche Stellen geschaffen. Die Arbeitslosigkeit fiel im März mit 6,8 Prozent auf den tiefsten Stand seit fünf Jahren. Auch das Konsumentenvertrauen der GfK ist stark aufwärts gerichtet und hat im Mai erstmals den Stand von vor der Krise erreicht. Damit scheint die Zuversicht in den Aufschwung bei den britischen Verbrauchern angekommen zu sein. Kurzfristig dürfte die noch geringe Reallohnentwicklung die kräftige Zunahme bei den Beschäftigtenzahlen befördern. Mit zunehmend anziehenden Reallöhnen dürfte sich diese positive Entwicklung im Prognosezeitraum jedoch abschwächen.

Die Investitionen verloren im ersten Quartal etwas an Dynamik und legten mit 0,7 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu. Die Rahmenbedingungen für Investitionen bleiben allerdings günstig. Die Einkaufsmanagerindizes für das Dienstleistungsgewerbe, das Verarbeitende Gewerbe und den Bausektor deuten auf eine Fortsetzung der Expansion hin. Die Industrieproduktion steigt seit gut eineinhalb Jahren mit Raten von etwa zwei Prozent. Die Auftragseingänge - aus dem Inland und Ausland - haben am aktuellen Rand nochmals zugelegt. So dürfte die Auslastung der bestehenden Anlagen steigen und der Investitionstätigkeit zusätzliche Dynamik verleihen. Hinzu kommt, dass die Finanzierungsbedingungen günstig sind.

Der Außenhandel war zuletzt schwächer ausgefallen. Die Exporte gingen leicht um 0,3 Prozent zurück. Dies ist unter anderem auf eine schwächere US-Konjunktur zu Jahresbeginn und einen starken Wechselkurs zurückzuführen. Da die Importe etwas stärker zurückgingen, war der Wachstumsbeitrag vom Außenhandel leicht positiv. Vor dem Hintergrund einer kräftigen Entwicklung der US-Wirtschaft und einer etwas höheren Dynamik im Euroraum dürften die britischen Exporte im Prognosezeitraum wieder mit geringeren Raten

zulegen. Gleichzeitig dürfte die binnenwirtschaftliche Erholung ein noch stärkeres Anziehen der Importe zur Folge haben; damit trägt der Außenhandel im Prognosezeitraum insgesamt leicht negativ zum Wachstum bei.

Die Geldpolitik ist derzeit noch expansiv ausgerichtet. Ein Ausstieg aus dieser Politik ist jedoch für die erste Jahreshälfte 2015 zu erwarten. Der Zugang für Banken zum Programm der englischen Notenbank zur Ankurbelung der Kreditvergabe an Unternehmen (*Funding for Lending*) bleibt bis Januar 2015 erhalten. Für das Frühjahr 2015 ist eine Anhebung des Leitzinses von derzeit 0,5 Prozent zu erwarten. Für den Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik haben die Entscheidungsträger wiederholt hervorgehoben, dass eine Anhebung nur sehr langsam erfolgen würde. Die Inflationsrate lag im April bei 1,8 Prozent und dürfte in den kommenden Monaten nur leicht steigen. Die Finanzpolitik dürfte im Prognosehorizont weiter restriktiv ausgerichtet bleiben; die Defizitquote dürfte mit etwa fünf Prozent im Jahr 2014 noch weit von der im Maastricht-Vertrag verankerten Drei-Prozent-Grenze entfernt liegen.

Risiken für die konjunkturelle Entwicklung entstehen derzeit auf dem Häusermarkt. Im April stiegen die Preise für Wohnimmobilien annualisiert um 10,9 Prozent gegenüber dem Vormonat an. Der kräftige Preisanstieg ist regional sehr heterogen. In einigen Regionen bestehen regulatorische Hemmnisse, die eine ausreichende Ausweitung des Angebots verhindern. Dies birgt die Gefahr hoher Preisvolatilität, die zu erneuten krisenartigen Anpassungen auf Bilanzen von Haushalten oder Banken führen könnten. Die Wirtschaft des Vereinigten Königreiches dürfte im laufenden Jahr insgesamt um 2,8 Prozent wachsen. Im kommenden Jahr werden noch 2,1 Prozent erreicht.

### Mittel- und Osteuropa

Die Ukraine Krise hat vorübergehend zu Turbulenzen auf dem internationalen Kapitalmarkt geführt. Diese haben sich insbesondere auf Russland ausgewirkt. Dort kam es im ersten Quartal 2014 zu einer starken Abwertung des Rubels und aufgrund der zunehmend unsicheren Lage zu massiven Kapitalexporten. Die Krise hat in Russland auch die Realwirtschaft erfasst. Das Bruttoinlandsprodukt sank im ersten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 0,5 Prozent. Dabei waren insbesondere die Investitionen rückläufig. Die im ersten Quartal gesunkenen Realeinkommen haben sich bislang nur teilweise auf den privaten Konsum ausgewirkt, da die Bevölkerung offenbar in Erwartung steigender Preise für Importgüter Käufe vorzog und hierzu auf Ersparnisse zurückgriff. Die russische Zentralbank hatte zum ersten Mal im März auf die Entwicklungen am Devisenmarkt mit einer Erhöhung des Leitzinses auf sieben Pro-

zent reagiert. Erst nach einer erneuten Erhöhung Ende April auf 7,5 Prozent hat sich der Wechselkurs des Rubels bei rund 35 Rubel pro Dollar stabilisiert. Im weiteren Verlauf wird sich die Wirtschaft nur langsam erholen. Aufgrund des nach wie vor ungelösten Ukraine Konflikts werden sich ausländische Investoren mit einem Engagement in Russland zurückhalten. Die inländische Nachfrage dürfte im Verlauf nur wenig zunehmen. Das Wachstum wird stärker vom Export getragen werden. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr nur geringfügig und im kommenden Jahr bei einer Entspannung im Ukraine Konflikt wieder deutlich steigen.

Für die Türkei machten sich Turbulenzen auf dem Kapitalmarkt negativ bemerkbar, die teils auch auf innenpolitische Spannungen zurückzuführen sind. Die türkische Lira hat am Jahresanfang vorübergehend abgewertet. Dies hat im ersten Quartal 2014 im Vergleich zum Schlussquartal zu einer kräftigen Zunahme der Exporte um sieben Prozent und einem Rückgang der Importe um 2,4 Prozent beigetragen. Hierdurch kam es zu einer im Vergleich zum Vorquartal kräftigen Steigerung des Bruttoinlandsprodukts um 1,7 Prozent. Demgegenüber nahm sowohl der private Konsum als auch die Investitionstätigkeit ab. Letzteres steht auch im Zusammenhang mit der Anhebung der kurzfristigen Zinsen im Januar. Obwohl sich die Inflation zuletzt deutlich beschleunigt hat, senkte die Zentralbank Ende Mai die kurzfristigen Zinsen. Dies dürfte im weiteren Verlauf die Investitionen anschieben. Gleichzeitig wird der private Konsum durch die steigende Inflation gedämpft; zuletzt lag die Teuerung bei knapp zehn Prozent. Die seit Ende März aufgewertete türkische Lira wirkt indes preisdämpfend. Die Aufwertung wird tendenziell das Wachstum der Exporte abschwächen und wieder eine Zunahme der Importe nach sich ziehen. Der Außenhandel wird daher im weiteren Verlauf in geringerem Maße zum Wachstum beitragen. Hinzu kommt, dass die politische Lage insbesondere vor den Präsidentschaftswahlen im August instabil bleibt. Insgesamt wird die Wirtschaft im weiteren Jahresverlauf mit geringerem Tempo als im Auftaktquartal wachsen.

Die Ukraine Krise hat die Volkswirtschaften der mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten bislang nur wenig beeinträchtigt. Deren Währungen erwiesen sich trotz einer vorübergehenden Verunsicherung auf den internationalen Finanzmärkten als relativ robust. Die Wirtschaft ist in den meisten Ländern auch im ersten Quartal 2014 gewachsen. Sollte es im Zuge einer erneuten Verschärfung der Ukraine Krise zu weiteren Sanktionen gegenüber Russland kommen und sollte Russland hierauf mit Einschränkungen von Energielieferungen in die EU reagieren, wären hiervon allerdings insbesondere die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften betroffen.

Die Wirtschaft Polens konnte ihren Wachstumskurs beibehalten. Bei zunehmender Beschäftigung ist die Arbeitslosenquote im ersten Quartal zwar weiter gesunken; sie ist indes mit 9,6 Prozent immer noch hoch. Im Zuge der Reallohnsteigerungen stieg der private Konsum moderat. Die Investitionstätigkeit zog sogar spürbar an. Die Erholung der inländischen Nachfrage wurde von einer günstigen Entwicklung des Außenhandels flankiert. Zwar war vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise der Handel mit den östlichen Nachbarn rückläufig. Allerdings kam es zu einer Ausweitung des Handels mit der Eurozone; die Handelsbilanz war erstmals seit Jahren positiv. Insgesamt stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal um 1,1 Prozent. Im weiteren Verlauf dürfte die inländische Nachfrage weiter anziehen. Dafür sprechen die Erholung am Arbeitsmarkt und die angesichts niedriger Zinsen bestehenden Anreize für Investitionen. Damit wird die polnische Volkswirtschaft in diesem und auch im kommenden Jahr deutlich wachsen.

Der tschechischen Zentralbank ist es seit der Abwertung im Dezember vergangenen Jahres gelungen, den Wechselkurs der Krone gegenüber dem Euro nahe 27 Kronen zu stabilisieren; dieser Kurs soll mindestens bis Anfang 2015 aufrechterhalten werden. Die stark exportorientierte tschechische Wirtschaft ist abhängig von der Entwicklung auf ihren ausländischen Absatzmärkten, insbesondere Deutschland. Im Außenhandel haben die Exporte im ersten Quartal zwar nochmals etwas stärker zugenommen als die Importe. Nach einem starken Schlussquartal 2013 stagnierte die tschechische Wirtschaft im ersten Quartal 2014 allerdings. Im Inland sind die Realeinkommen zwar weiter gestiegen. Auf dem Arbeitsmarkt deutet sich allerdings noch keine Verbesserung an; die Arbeitslosenquote verharrt bei 6,7 Prozent. Auch die Investitionen sind bei einem Leitzins von knapp über null Prozent nicht angesprungen. Insgesamt wird die tschechische Wirtschaft – in Abhängigkeit der Auslandsnachfrage – im laufenden Jahr wieder leicht und im kommenden Jahr stärker wachsen.

In Ungarn hat das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal mit 1,1 Prozent deutlich stärker zugelegt als im Schlussquartal 2013. Dies ist offenbar auf eine Zunahme der Exporte und der Investitionen zurückzuführen. Die Zentralbank hat angesichts der geringen Inflationsrate den Leitzins seit Jahresanfang in mehreren Schritten bis Ende Mai auf 2,4 Prozent gesenkt (Dezember 2013: drei Prozent). Dies dürfte die Investitionstätigkeit in weiteren Verlauf beleben. Die sinkende Arbeitslosenquote und die zuletzt steigenden Realeinkommen stützen zwar den privaten Konsum; dieser wird angesichts einer nach wie vor hohen Verschuldung der privaten Haushalte indes kaum kräftig zulegen. Eine weitere Belebung der Exporte wird nach einer Abwertung im ersten Quartal nun durch die seit März anhaltende Aufwertung des Forint gegenüber dem Euro geschwächt. Die ungarische Wirtschaft wird im laufenden Jahr deutlich und im nächsten Jahr kräftig zulegen.

Die rumänische Wirtschaft stagnierte im ersten Quartal 2014; die hohen Wachstumsraten der beiden Vorquartale beruhten neben einer leichten Zunahme des Konsums auch auf hohen Ernteerträgen und damit Agrexporten. Im Auftaktquartal entfielen diese Sondereffekte. Die Außenhandelsaktivität ging zurück, wobei die Importe stärker eingeschränkt wurden als die Exporte. Der Konsum hat offenbar leicht angezogen. Hierfür spricht, dass im Vorjahresvergleich die Einzelhandelsumsätze bei steigenden Realeinkommen kräftig zunahmen. Dabei ist die zuletzt geringe Preissteigerung, die etwas unter dem von der Zentralbank vorgegebenen Zielkorridor von 1,5 bis 2,5 Prozent lag, auf Sondereffekte zurückzuführen; hierzu gehört eine im Vergleich zum Vorjahr nur geringe Anhebung administrierter Preise. Die Investitionen waren im ersten Quartal im Vorjahresvergleich deutlich rückläufig. Die Zentralbank hatte im Februar erneut den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf nunmehr 3,5 Prozent gesenkt. Dies dürfte die bislang schwache Investitionstätigkeit im weiteren Verlauf begünstigen. Die rumänische Wirtschaft wird im weiteren Jahresverlauf wieder etwas stärker und im kommenden Jahr deutlich zulegen.

# Deutsche Wirtschaft im moderaten Aufschwung

In Deutschland wird die Produktion moderat ausgeweitet. Maßgeblich für den anhaltenden Aufwärtstrend sind der merklich steigende private Verbrauch und die dynamische Entwicklung der Investitionen (Abbildung 11). Die Exporte ziehen etwas an und liefern stimulierende Impulse. Die Importe steigen aber kräftiger; per saldo trägt der Außenhandel nicht zum Wachstum bei. Der Aufwärtstrend wird durch Sondereffekte im zweiten Quartal unterbrochen: die Wertschöpfung im Baugewerbe fällt im Vergleich zu dem witterungsbedingt kräftigen Jahresauftakt geringer aus. In der Industrie verlangsamte sich das Expansionstempo zuletzt etwas; für den weiteren Verlauf zeichnen sich aber moderate Zuwächse der Produktion ab. In den Dienstleistungsbereichen wird das bislang robuste Wachstum weiter durch die kräftige Binnendynamik getragen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Prognosezeitraum mit Raten zunehmen, die etwas über dem langfristigen Durchschnitt liegen (Tabelle 2); jahresdurchschnittlich wächst die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um 1,8 Prozent, im kommenden Jahr um 2,0 Prozent (Tabelle 3). Die leichte Unterauslastung wird nahezu abgebaut, die Inflation zieht daher etwas an, bleibt aber bei anhaltend niedrigen Importpreisen schwach.

Die Ausrüstungsinvestitionen werden im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung spürbar steigen, zumal sich auch der Konsum der privaten Haushalte kräftig entwickelt. Bereits im ersten Vierteljahr sind die Investitionen in Ausrüstungen deutlich ausgeweitet worden. Nach und nach werden auch Investitionsprojekte umgesetzt, die wegen der Konjunkturschwäche in den vergangenen Jahren zurückgestellt worden sind; dies dürfte im weiteren Verlauf die Nachfrage zusätzlich anschieben. Für wichtige Absatzmärkte wie den Euroraum und insbesondere China, aber auch Russland haben sich die Aussichten eingetrübt. Dies dürfte die aufwärtsgerichtete Entwicklung bei den Ausrüstungsinvestitionen etwas dämpfen. Die Bauinvestitionen setzen im Prognosezeitraum ihren Aufwärtstrend fort, wenngleich dieser etwas an Dynamik verliert.

Die Zahl der Arbeitnehmer ist bis zuletzt kräftig gestiegen. Auch im weiteren Verlauf wird die Beschäftigung weiter merklich aufgebaut, verliert jedoch an Tempo. Da die Unternehmen in den vergangenen Jahren trotz schwacher Konjunktur die Zahl ihrer Beschäftigten deutlich aufgestockt haben, werden sie bei anziehender Produktion zuvor erfolgte Arbeitszeitverkürzungen zurücknehmen und die Arbeitszeit ausweiten. Zudem

Tabelle 2

## Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2013				2014				2015			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,3	0,7	0,3	-0,3	0,7	0,2	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	0,0	-0,2	0,7	-0,3	0,4	-0,1	0,1	0,5	-0,2	-0,1	0,7	0,5
Ausrüstungen	-1,4	0,5	0,1	1,4	3,3	1,0	1,8	2,1	2,1	1,8	1,5	1,5
Bauten	-1,5	1,7	2,1	0,2	3,6	-1,5	0,4	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4
Sonstige Investitionen	-0,9	1,6	1,4	1,2	-0,7	1,0	1,1	1,2	1,2	1,1	1,0	1,0
Lagerveränderung <sup>1</sup>	0,5	-0,4	0,2	-0,2	0,7	-0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,5	0,1	0,8	-0,3	1,9	-0,2	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4
Außenbeitrag <sup>1</sup>	-0,5	0,6	-0,5	0,7	-0,9	0,3	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,1	0,1
Ausfuhr	-0,7	2,5	-0,1	2,5	0,2	1,3	1,3	1,4	1,5	1,6	1,6	1,6
Einfuhr	0,2	1,5	0,8	1,3	2,2	0,7	1,7	1,8	1,7	1,8	1,7	1,6
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,0</b>	<b>0,7</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,8</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>

<sup>1</sup> Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

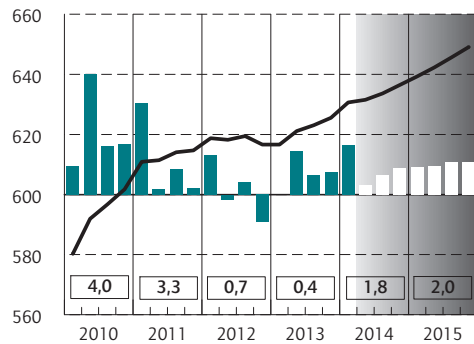
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem zweiten Quartal 2014.



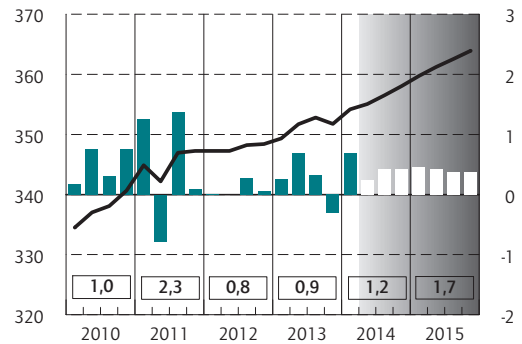
Abbildung 11

**Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten**  
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

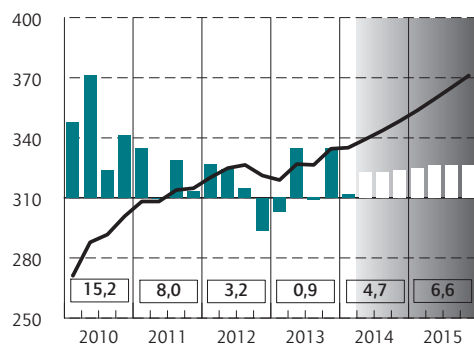
**Bruttoinlandsprodukt**



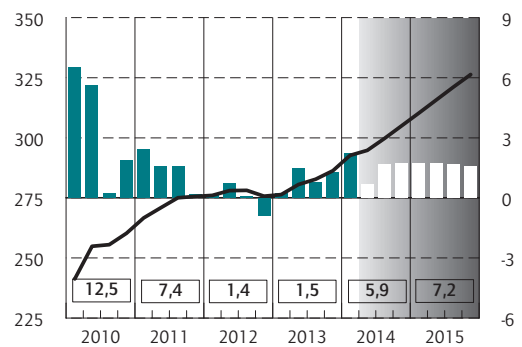
**Konsumausgaben der privaten Haushalte**



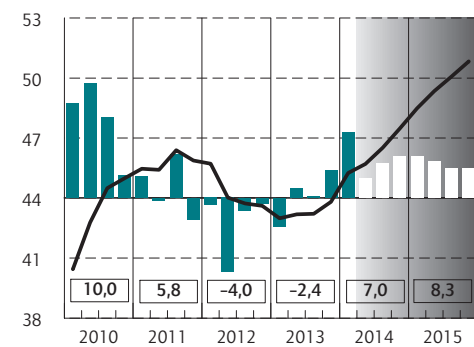
**Exporte**



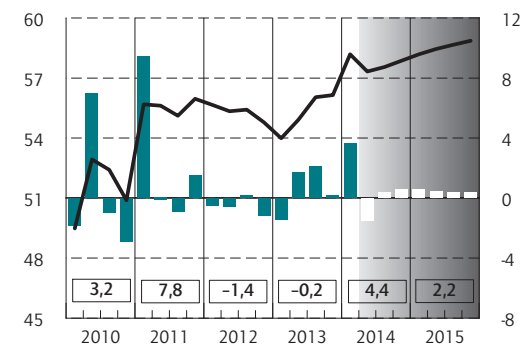
**Importe**



**Ausrüstungsinvestitionen**



**Bauinvestitionen**



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)  
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)  
 □ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab dem ersten Quartal 2014.

Tabelle 3

**Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland**

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	4,0	3,3	0,7	0,4	1,8	2,0
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	40 587	41 152	41 608	41 847	42 154	42 245
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	2 946	2 502	2 316	2 270	2 220	2 173
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	3 238	2 976	2 897	2 950	2 880	2 832
Erwerbslosenquote, ILO <sup>2</sup>	7,1	5,9	5,5	5,3	5,2	5,1
Arbeitslosenquote, BA <sup>2</sup>	7,7	7,1	6,8	6,9	6,6	6,5
Verbraucherpreise <sup>3</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,1	2,1	2,0	1,5	1,1	1,5
Lohnstückkosten <sup>4</sup> (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-1,5	0,8	2,8	1,9	1,1	2,0
Finanzierungssaldo des Staates <sup>5</sup>						
In Milliarden Euro	-104,3	-21,4	2,2	5,2	6,3	21,2
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-4,2	-0,8	0,1	0,2	0,2	0,7
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,4	6,8	7,4	7,5	7,3	7,3

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin; 2014 und 2015: Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

wird im kommenden Jahr der allgemeine gesetzliche Mindestlohn eingeführt; die Beschäftigungswirkungen sind kaum absehbar. Für die Prognose wird per saldo ein Rückgang der Zahl der Arbeitnehmer um 100 000 Personen unterstellt. Die Einführung der „Rente mit 63“ führt für sich genommen zu einem Rückgang des Erwerbspersonenpotentials. Freiwerdende Stellen dürften jedoch zügig besetzt werden, so dass in der Folge vor allem die Zahl der Arbeitslosen sinkt, und weniger die der Arbeitnehmer. Alles in allem geht in beiden Jahren die Arbeitslosigkeit zurück, auf 2,88 Millionen Personen in diesem Jahr und auf 2,83 Millionen Personen im Jahr 2015. Die Arbeitslosenquote beträgt in diesem Jahr 6,6 Prozent, im kommenden liegt sie ein Zehntel Prozentpunkt niedriger.

Trotz anhaltend hoher Migrationsgewinne und zunehmender Erwerbsneigung steigt das Erwerbspersonenpotential langsamer als die Beschäftigung. Die Lohnzuwächse bleiben in diesem Umfeld kräftig; der Mindestlohn lässt die Löhne im kommenden Jahr zusätzlich steigen. Alles in allem schieben die merklichen Einkommenszuwächse, zudem bei einer niedrigen Inflation, den privaten Konsum an. Dieser dürfte maßgeblich zum kräftigen Wachstum der deutschen Wirtschaft beitragen; die staatliche Konsumnachfrage liefert dagegen kaum positive Impulse.

Im Zuge der kräftigen Binnenkonjunktur steigen auch die Importe weiter kräftig. Das Expansionstempo des ersten Quartals dürften sie aber nicht halten. Der Handelsbilanzsaldo bildet sich zurück; der Überschuss der Leistungsbilanz wird ebenfalls etwas sinken, aber mit

deutlich über sieben Prozent in Relation zur Wirtschaftsleistung hoch bleiben.

Der öffentliche Gesamthaushalt wird in beiden Jahren mit einem Überschuss abschließen. In diesem Jahr dürfte er bei 0,2 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegen, im kommenden Jahr wird er deutlich auf 0,7 Prozent ansteigen. Die Produktionslücke liegt in diesem Jahr bei -0,5 Prozent und im kommenden Jahr bei -0,1 Prozent in Relation zum Produktionspotential. In konjunkturell bereinigter Betrachtung liegt der Finanzierungssaldo in diesem Jahr bei 0,5 Prozent und im kommenden Jahr bei 0,8 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt.

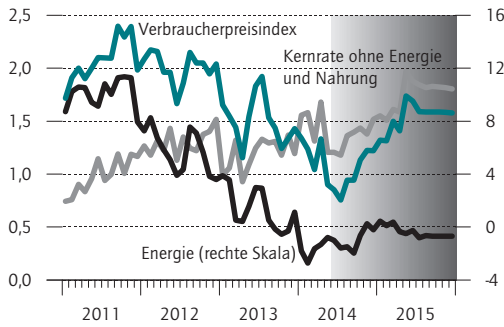
### Schwache Importpreise dämpfen Inflation

Nach einer Inflationsrate von 1,3 Prozent im April haben die Verbraucherpreise im Mai um 0,9 Prozent zugelegt – eine geringere Preissteigerung gab es zuletzt im Februar 2010 (Abbildung 12). Damit hat sich die Abwärtsdynamik der Inflation fortgesetzt. Neben geringen Teuerungsraten bei Nahrungsmitteln haben sich insbesondere die weiter rückläufigen Energiepreise dämpfend ausgewirkt. Die Kerninflation, also die Teuerungsrate ohne Energie und Nahrungsmittel, hat im Mai mit 1,2 Prozent ebenfalls auf niedrigem Niveau gelegen.

Die Energiepreise werden im Prognosezeitraum weiter sinken, da in dieser Prognose angenommen wird, dass der Ölpreis zurückgeht (Kasten). Auch werden die Strompreise zum Jahreswechsel wohl nicht so deutlich erhöht wie in den vergangenen Jahren, in denen

Abbildung 12

**Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex**  
In Prozent gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Destatis und Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Entwicklung der Energiepreise dämpfte zuletzt die Inflation.

die EEG-Umlage spürbar angehoben wurde. Darauf deutet das EEG-Umlagekonto hin, das nach deutlichen Defiziten in den vergangenen Jahren zuletzt merkliche Überschüsse ausgewiesen hat. Die Nahrungsmittelpreise steigen nicht mehr so kräftig wie im vergangenen Jahr, als die Weltmarktpreise durch Ernteausfälle vorübergehend angeheizt worden waren. Hinzu kommt, dass die Teuerung bei Nahrungsmitteln aufgrund der zuletzt außergewöhnlich günstigen Witterungsbedingungen zunächst moderat ausfällt. Im kommenden Jahr werden die Nahrungsmittelpreise wieder deutlich höher liegen.

Trotz zunehmender Kapazitätsauslastung im Inland zieht die Kerninflation nur langsam an. Dämpfend wirkt sich die schwache Preisentwicklung bei wichtigen Handelspartnern aus; geringe Preissteigerungen bei Importen drücken die Teuerung hierzulande. Darüber hinaus engt der Wettbewerbsdruck aus dem Ausland die Preissetzungsspielräume der hiesigen Unternehmen ein. Auch sinkende Energiepreise schlagen sich wegen der damit verbundenen Kostenreduktion bei den Unternehmen zeitlich verzögert in einer niedrigeren Kerninflation nieder. Demgegenüber werden die Unternehmen versuchen, die steigenden Lohnkosten an die Verbraucher weiterzugeben. Dies dürfte insbesondere nach der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes 2015 der Fall sein. Die davon betroffenen Unternehmen werden die Kostensteigerung teilweise an die Verbraucher weitergeben. Diese Unternehmen dürften oft nur geringe Gewinnmargen haben, stehen in ihren Marktsegmenten im Wettbewerb miteinander und sind weitgehend vor ausländischer Konkurrenz geschützt. Unterstellt wird, dass diese Kostensteigerungen zu drei Vierteln

Kasten

**Annahmen**

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik wirkt expansiv: Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen verharren auf niedrigem Niveau; die Zinsen für Kredite bleiben günstig und wirken stimulierend auf die Investitionstätigkeit. Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der allen Annahmen zugrunde liegt, ist der 2. Juni. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brentöl herangezogen, die einen leichten Rückgang im Prognosezeitraum anzeigen. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,4 Prozent zu, im kommenden Jahr ebenfalls um 2,4 Prozent.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet (Tabelle 2). Dazu tragen vor allem die beschlossenen Mehrausgaben bei. Insbesondere bei den Sozialversicherungen werden die Leistungen kräftig ausgeweitet.

Tabelle 1

**Annahmen dieser Prognose**

		2013	2014	2015
EZB-Leitzins	Prozent	0,54	0,19	0,15
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,2	0,3	0,3
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	2,7	2,2	2,0
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,6	1,5	1,6
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,33	1,38	1,38
Tariflöhne (in % geg. Vorjahr)	Änderung gegenüber Vorjahr	2,5	2,4	2,4
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	108,9	108,4	106,2
Erdölpreis	Euro/Barrel	81,9	78,6	76,9

© DIW Berlin 2014

in die Preise überwältzt werden. Damit dürfte die Einführung des Mindestlohns die Inflation im kommenden Jahr um gut zwei Zehntel Prozentpunkte erhöhen.

Alles in allem wird die Inflation mit 1,1 Prozent in diesem Jahr und 1,5 Prozent im kommenden Jahr im Prognosezeitraum niedrig bleiben. Unter der alternativen Annahme real konstanter Ölpreise läge die Teuerungsraten bei 1,1 Prozent im Jahr 2014 und 1,7 Prozent im Jahr 2015.

So wird die Anerkennung von Kindererziehungszeiten bei der Mütterrente ausgedehnt und die Leistungen bei verminderter Erwerbsfähigkeit werden erhöht. Zudem wird für Versicherte mit mindestens 45 Beitrittsjahren die Möglichkeit geschaffen, ohne Abschläge in den vorzeitigen Ruhestand zu gehen („Rente mit 63“). In dieser Prognose ist unterstellt, dass diese Leistungsausweitungen Mitte des laufenden Jahres in Kraft treten. Zudem wird die Höhe des Zusatzbeitrags in der Krankenversicherung ab kommenden Jahr nicht mehr einheitlich festgelegt, was – zumindest im Jahr 2015 – zu einer Reduktion der Beitragsbelastung führen dürfte.

Die Koalition hat außerdem beschlossen, dass zusätzliche Mittel für den Ausbau von Kitas bereitgestellt werden sollen. Diese dürften zeitnah abgerufen werden, da dem gesetzlichen Anspruch auf die Bereitstellung eines Betreuungsplatzes für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr noch nicht in allen Kommunen genügt wird. Der Bund will zudem auch die Ausgaben für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen erhöhen, was im späteren Prognosezeitraum zu Mehrausgaben führen dürfte. Im Jahr 2015 wird der Bund zudem die Kosten für das BAFöG vollständig übernehmen. Die bei den Ländern auf diese Weise frei werdenden Mittel sollen diese für die Hochschulen verwenden. Letztlich sind die Länder in der Entscheidung der Mittelverwendung aber nicht gebunden, so dass wohl ein geringerer Betrag bei den Hochschulen verbleiben wird.

Zudem werden die Steuerzahler in diesem Jahr über eine nochmalige Erhöhung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer entlastet, es kommt zu Mehrausgaben wegen der Beseitigung der Flutschäden und aufgrund der Neuausrichtung der Pflegeversicherung werden die Leistungen in diesem Bereich deutlich ausgeweitet.

Die von der Politik beschlossenen kontraktiven Maßnahmen, beispielsweise die Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung bleiben hinter den expansiven Maßnahmen zurück. Alles in allem wird von der Finanzpolitik in beiden Jahren ein expansiver Impuls von etwa einem halben Prozentpunkt ausgehen.

### Arbeitsmarkt: Beschäftigungsaufbau setzt fort – wengleich mit abnehmendem Tempo

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor günstig: Die Zahl der Beschäftigten hat weiter kräftig angezogen, und die Arbeitslosigkeit hat sich deutlich vermindert. Im bisherigen Jahresverlauf kam es wegen des beson-

Tabelle 2

#### Finanzpolitische Maßnahmen<sup>1</sup> Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (–) in Milliarden Euro gegenüber 2013

	2014	2015
Alterseinkünftegesetz	-0,9	-1,9
Erhöhung des Grundfreibetrags	-1,6	-1,8
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	-0,3	-0,4
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,4
Jahressteuergesetz 2013	-0,0	-0,8
Sonstige steuerliche Maßnahmen <sup>2</sup>	-0,5	-0,5
zusätzliche Ausgaben des Bundes für Verkehrsinfrastrukturinvestitionen	-0,5	-1,2
Ausgaben zur Beseitigung von Flutschäden	-1,2	-0,3
Zusätzliche Ausgaben des Bundes für Kitas <sup>3</sup>	0,3	-0,4
Betreuungsgeld	-0,6	-0,6
Zusätzliche Ausgaben im Hochschulbereich		-0,5
Anhebung des Regelsatzes bei Hartz IV zum 01.01.2014	-0,5	-0,5
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben bei der Bundesagentur	0,1	0,2
Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden	0,5	0,7
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2015 um 0,3 Prozentpunkte		3,8
Senkung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum 01.01.2015 um 0,1 Prozentpunkte		-1,2
Leistungsverbesserungen in der gesetzlichen Rentenversicherung <sup>4</sup>	-4,4	-8,8
Gesetz zur Neuausrichtung der sozialen Pflegeversicherung	-0,2	-1,0
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-0,7	-0,8
<b>Insgesamt</b>	<b>-10,4</b>	<b>-15,6</b>
<b>In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent</b>	<b>-0,4</b>	<b>-0,5</b>

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

2 Urteil zum Ehegattensplitting bei eingetragenen Lebensgemeinschaften, Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz, Einführung einer Kernbrennstoffsteuer, Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts, Strompreiskompensation.

3 Aufstockung der Kita-Ausgaben im Zuge der Verhandlungen über den Fiskalpakt, Aufstockung der Kita-Ausgaben aufgrund des Koalitionsvertrages.

4 Mütterrente, abschlagsfreier Rentenzugang mit 63 Jahren für Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren, Lebensleistungsrente, Änderungen bei der Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, Änderungen bei den Leistungen für Rehabilitation.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

ders milden Winters kaum zu den sonst üblichen Produktions- und Beschäftigungseinschränkungen; entsprechend blieb die Frühjahrsbelegung aus.

Die Zahl der Erwerbspersonen hat weiter zugenommen; im ersten Quartal 2014 lag sie um 230 000 höher als ein Jahr zuvor. Zum Teil liegt dies an einer weiter steigenden Erwerbsbeteiligung. Vor allem aber schlagen sich weitere Wanderungsgewinne nieder – insbesondere

re gegenüber den ab 2004 zur EU beigetretenen Staaten sowie den südeuropäischen Krisenländern. So war im März die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Minijobber aus diesen Staaten um 176 000 höher als im entsprechenden Vorjahresmonat.<sup>7</sup> Zugleich hat auch die Zahl der Arbeitssuchenden aus diesen Staaten zugenommen – um 46 000.

Bei der Beschäftigung zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen: Die abhängige Beschäftigung legt zu, während die selbständige sinkt (Tabelle 4). Der Rückgang bei der Zahl der Selbständigen ist wohl vor allem darauf zurückzuführen, dass sich wegen der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt gute Möglichkeiten für die Übernahme in eine abhängige Beschäftigung bieten.<sup>8</sup> Bei der abhängigen Beschäftigung wurde der Zuwachs vor allem von den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen getragen. Seit Ende des vergangenen Jahres nimmt aber auch die Zahl derjenigen Personen zu, die ausschließlich einen Minijob ausüben.

Die Zahl der Arbeitsplätze ist in nahezu allen Wirtschaftszweigen gestiegen. Besonders kräftig zugelegt hat die Beschäftigung in der Bauwirtschaft sowie bei den Unternehmensdiensten. Hier hat auch die Leiharbeit deutlich angezogen; die Ausweitung solcher Beschäftigungsverhältnisse deutet darauf hin, dass die Unternehmen ein Anziehen der Konjunktur erwarten. In der Gesundheits- und Sozialwirtschaft hat sich das schon lange andauernde, kräftige und stetige Beschäftigungswachstum fortgesetzt. Eine Ausnahme sind die Finanzdienstleistungen, bei denen der mit einem Beschäftigungsabbau einhergehende Umstrukturierungsprozess anhält.

Die pro Kopf geleistete Arbeitszeit war im ersten Quartal zwei Prozent höher als im vorhergehenden Vierteljahr. Das lag zum einen am milden Winter, zum anderen machte sich bemerkbar, dass im Jahresschlussquartal 2013 viele Brückentage anfielen und daher im ersten Quartal im Vergleich die pro Kopf geleistete Arbeitszeit vergleichsweise hoch ausfiel. Hinzu kommt, dass inzwischen konjunkturbedingte Arbeitszeitverkürzungen nicht mehr zum Tragen kommen.

Die tariflich vereinbarten Löhne sind zuletzt mit 2,6 Prozent etwa so stark gestiegen wie zuvor. Deutlich schwächer war allerdings der Zuwachs bei den effektiven Stundenlöhnen; sie übertrafen das Vorjahresergebnis lediglich um 0,4 Prozent. Die Differenz dürfte

auch auf die im ersten Quartal vergleichsweise langen Arbeitszeiten zurückzuführen sein, weil die Arbeitnehmer in der Regel auf Monatsbasis entlohnt werden.

Die Arbeitsmarktentwicklung wird erheblich durch politische Interventionen beeinflusst: durch die Einführung der „Rente mit 63“ für langjährig Versicherte ab Mitte des laufenden Jahres und eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes Anfang 2015.

Schwer zu quantifizieren sind die Folgen der Reform beim Rentenzugang. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Mitte dieses Jahres das Alter von 63 Jahren erreicht haben, beläuft sich auf etwas mehr als 400 000. Dabei handelt es sich um zwei Altersjahrgänge (2015: 300 000 bei einem Altersjahrgang). Hinzuzuzählen sind 65 000 Arbeitslose (2015: 55 000) im entsprechenden Alter.<sup>9</sup> Von den abhängig Beschäftigten und den Arbeitslosen werden aber längst nicht alle die erforderlichen Beitragsjahre aufweisen. Angenommen wird, dass das nur bei reichlich einem Viertel der Beschäftigten und einem Sechstel der Arbeitslosen der Fall sein wird – also in diesem Jahr bei 108 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 11 000 Arbeitslosen. Im nächsten Jahr werden es unter derselben Annahme 81 000 beziehungsweise 9 000 Anspruchsberechtigte sein. Zudem gibt es nach Auskunft der Bundesregierung 40 000 freiwillig versicherte Selbständige, die in diesem Jahr die neue Rentenregelung nutzen können; im nächsten Jahr sind es 20 000 Personen. Die anspruchsberechtigten Arbeitslosen werden wegen der Neuregelung wohl fast alle in den Ruhestand wechseln. Von den abhängig Beschäftigten und den Selbständigen wird es aber wohl nur ein Teil sein; manche bleiben aus finanziellen Gründen erwerbstätig, manche aus intrinsischen Motiven. Mitunter werden zwar Altersrenten bezogen, aber daneben wird weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgegangen – etwa als Selbständiger, auf Honorarbasis oder in Form eines Minijobs. Unterstellt wird, dass 2014 etwas mehr als die Hälfte der von der Reform begünstigten Erwerbstätigen – reichlich 80 000 – infolge der neuen Frühverrentungsregelung den Arbeitsmarkt verlassen. Auf das ganze Jahr gerechnet vermindert sich das Erwerbspersonenpotential um knapp 45 000, da die Regelung erst Mitte 2014 wirksam wird. Unter denselben Annahmen geht das Potential im kommenden Jahr aufgrund der „Rente mit 63“ um etwa 60 000 Personen zurück. Die Zahl der Arbeitslosen verringert sich unmittelbar dadurch, dass Erwerbslose in den Ruhestand wechseln und mittelbar dadurch, dass frei gewordene Stellen wieder besetzt werden. Wenn da-

<sup>7</sup> Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Berichtsmonat: März 2014. Nürnberg, Mai 2014.

<sup>8</sup> Zum anti-zyklischen Verlauf von Existenzgründungen vgl. Fritsch, M., Kritikos, A., Pijnenburg, K.: Unternehmensgründungen nehmen zu wenn die Konjunktur abflaut. DIW Wochenbericht Nr. 12/2013.

<sup>9</sup> Geschätzt anhand einer Sonderrechnung der Bundesagentur für Arbeit, bei der die Beschäftigten per 30. Juni 2013 und die Arbeitslosen per Februar 2014 nach Altersjahren ermittelt wurden.

gegen Selbständige aus dem Erwerbsleben ausscheiden, dürfte ihr Arbeitsplatz häufiger wegfallen.

Wenngleich inzwischen weitgehend Klarheit über die Ausgestaltung des Mindestlohns besteht, ist dessen Wirkung nach wie vor schwer abschätzbar. Es wird zu verschiedenen Anpassungsreaktionen kommen, deren Stärke und gegenseitige Wechselwirkungen nicht kalkulierbar sind.<sup>10</sup> Auf jeden Fall werden die Arbeitgeber versuchen, ihre Mehrkosten infolge des Mindestlohns durch höhere Güterpreise aufzufangen. Je mehr ihnen die Kostenumwälzung gelingt, desto geringer fallen etwaige unmittelbare Beschäftigungsverluste aus. Für die hier vorgelegte Konjunkturprognose wird unterstellt, dass wegen der Einführung des Mindestlohns die Zahl der Arbeitsplätze um etwa 100 000 sinkt; diese Wirkung stellt sich in den ersten Monaten des Jahres 2015 ein.

Trotz der Reform beim Rentenzugang nimmt das Erwerbspersonenpotential weiter zu, denn es wird zu weiteren Wanderungsgewinnen kommen. Diese lassen aber nach, denn der zusätzliche Zuzug von Bulgaren und Rumänen, der wegen der Herstellung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit eingesetzt hatte, ebbt ab. Beim Erwerbspersonenpotential gibt es in diesem Jahr ein Plus von 250 000 Personen und im Jahr 2015 von 40 000 Personen.

Angesichts des günstigen konjunkturellen Umfelds setzt sich der Beschäftigungsanstieg bis zum Ende des Prognosezeitraums fort. Das Tempo lässt allerdings nach, da die Arbeitszeit vor allem konjunkturbedingt ausgeweitet wird. Zum Jahreswechsel wird der Personalaufbau durch die Einführung des Mindestlohns für kurze Zeit unterbrochen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahr 2014 das Vorjahresniveau um reichlich 300 000 oder 0,7 Prozent übertreffen, im Jahr 2015 beträgt das Plus noch 100 000.

Die Arbeitslosigkeit sinkt weiter. Dazu trägt auch die „Rente mit 63“ bei, die sich dämpfend auf das Erwerbspersonenpotential auswirkt. Jahresdurchschnittlich wird sich die Zahl der Arbeitslosen 2014 auf 2,88 Millionen belaufen, 70 000 weniger als im Vorjahr. Im nächsten Jahr beträgt der Rückgang knapp 50 000. In diesem Jahr sinkt die Arbeitslosenquote auf 6,6 Prozent, im kommenden Jahr auf 6,5 Prozent.

Die Löhne dürften vor allem wegen der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt etwas stärker als im vorigen Jahr zulegen; darauf deuten die Vereinbarungen der inzwischen größtenteils abgeschlossenen Tarifrunde

Tabelle 4

### Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2011	2012	2013	2014	2015
<b>Erwerbstätige im Inland</b>	<b>41,15</b>	<b>41,61</b>	<b>41,85</b>	<b>42,15</b>	<b>42,25</b>
Selbständige und mithelf. Familienangehörige	4,55	4,55	4,47	4,41	4,42
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>1</sup>	28,47	29,01	29,39	29,70	29,83
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,88	1,89	1,89	1,90	1,91
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,86	4,80	4,80	4,83	4,76
Sonstige	1,39	1,36	1,30	1,31	1,33
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,05	-0,06	-0,07	-0,07	-0,08
<b>Erwerbstätige Inländer</b>	<b>41,10</b>	<b>41,55</b>	<b>41,78</b>	<b>42,08</b>	<b>42,17</b>
<b>Erwerbslose</b>	<b>2,50</b>	<b>2,32</b>	<b>2,27</b>	<b>2,22</b>	<b>2,17</b>
<b>Erwerbspersonen</b>	<b>43,54</b>	<b>43,87</b>	<b>44,05</b>	<b>44,30</b>	<b>44,34</b>
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,98	2,90	2,95	2,88	2,83
Arbeitslosenquote BA <sup>2</sup> - in Prozent	7,1	6,8	6,9	6,6	6,5
Arbeitslosenquote SGB <sup>3</sup> - in Prozent	9,5	9,1	9,1	8,8	8,7
Erwerbslosenquote VGR <sup>4</sup> - in Prozent	5,7	5,3	5,2	5,0	4,9
Erwerbslosenquote ILO-Statistik - in Prozent	5,9	5,5	5,3	5,2	5,1
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO - 1 000	39,64	39,95	40,32	40,65	40,73

<sup>1</sup> Bis 2011 einschl. Personen im Freiwilligendienst.

<sup>2</sup> Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

<sup>3</sup> Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

<sup>4</sup> Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

2014 hin. Für dieses Jahr ist mit einer Erhöhung der Bruttolöhne je Arbeitnehmer um 2,3 Prozent und für nächstes Jahr um 3,8 Prozent zu rechnen. Auch wegen des Mindestlohns steigen die Effektivlöhne im kommenden Jahr kräftiger als die Tariflöhne. Bei den Löhnen je Stunde ergeben sich geringere Zuwächse von 1,5 Prozent in diesem beziehungsweise 3,1 Prozent im kommenden Jahr.

### Privater Verbrauch steigt kräftig

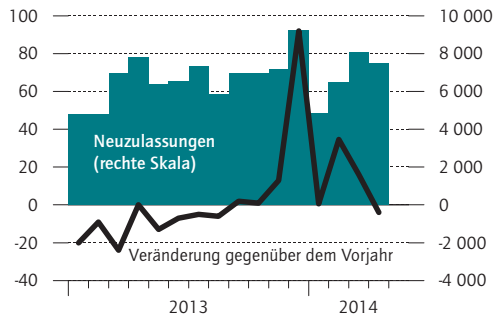
Der Konsum der privaten Haushalte wird im Prognosezeitraum merklich zunehmen. Im laufenden Quartal wird der Zuwachs nach dem kräftigen Jahresauftakt zwar weniger dynamisch ausfallen – darauf weisen auch die zuletzt schwachen Umsatzzahlen im Einzelhandel hin. Dies dürfte aber auch an dem späten Ostertermin liegen, der den Monatsvergleich April/März verzerrt. Die Stimmung der Verbraucher bleibt ausgesprochen gut: So liegt etwa der Index der EU-Verbraucherumfrage zur Anschaffungsneigung auf einem Rekordhoch.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Der Index liegt seit über vier Jahren auf historisch betrachtet hohem Niveau und ist in den vergangenen Monaten nochmals deutlich gestiegen. Übertroffen wurde der derzeitige Wert lediglich in der Phase kurz vor der Erhöhung der Mehrwertsteuer Anfang 2007, in der Vorzieheffekte die konjunkturelle Entwicklung deutlich überlagerten.

<sup>10</sup> Vgl. Brenke, K., Wagner, G. G.: Mindestlohn ante portas. Wirtschaftsdienst Nr. 6/2014.

Abbildung 13

**Lkw-Neuzulassungen<sup>1</sup>**  
In Prozent



<sup>1</sup> Über sechs Tonnen.

Quelle: Kraftfahrtbundesamt

© DIW Berlin 2014

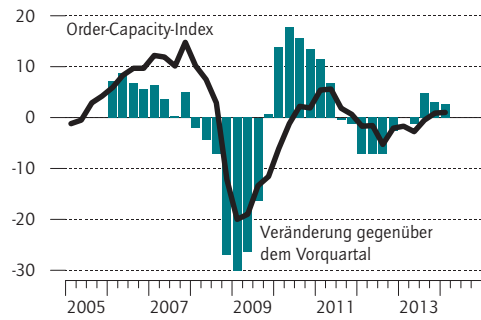
Im Dezember 2013 wurden fast doppelt so viele schwere LKW zugelassen wie im Vorjahr.

So dürfte die günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt den Konsum spürbar anregen: Der Beschäftigungsaufbau und die spürbaren Lohnzuwächse lassen die Lohnsumme kräftig steigen. Im kommenden Jahr wird der Zuwachs aufgrund der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns noch höher liegen; dieser Effekt dürfte mit etwa acht Milliarden Euro, oder 0,7 Prozent, zu Buche schlagen. Vor allem progressionsbedingt fallen die Zuwächse netto geringer aus. Im kommenden Jahr lassen der wenn auch geringe Anstieg des Beitragsatzes zur gesetzlichen Sozialversicherung und der ungebremste progressionsbedingte Anstieg der Steuerbelastung – eine Anpassung des Grundfreibetrages ist nicht vorgesehen – die Nettolohnsumme weniger zunehmen. Im kommenden Jahr belastet zudem, dass der positive Effekt aus der Anhebung des Grundfreibetrages wegfällt. Die monetären Sozialleistungen steigen in beiden Jahren spürbar, um drei Prozent; auf die Einführung der „Rente mit 63“ geht dabei gut ein halber Prozentpunkt zurück. Durch die schwache Entwicklung der Einkommen aus unternehmerischer Tätigkeit und aus Vermögen im ersten Quartal dieses Jahres werden sie jahresdurchschnittlich nur wenig zunehmen; im Zuge der anziehenden Konjunktur gewinnen sie aber an Fahrt.

Viele der von der Mindestlohneinführung betroffenen Unternehmen sind klein und stehen in starkem Wettbewerb. Solche Unternehmer – im Allgemeinen die Hauptverdiener – dürften relativ geringe (Gewinn-)Einkommen erzielen und somit eine relativ hohe Konsumneigung aufweisen. Zudem leben viele Arbeitnehmer,

Abbildung 14

**Order-Capacity-Index**  
Über- beziehungsweise Unterauslastung in Prozent



Quelle: Bundesbank.

© DIW Berlin 2014

Die Aufträge übersteigen die Kapazitäten im Verarbeitenden Gewerbe leicht.

die von der Einführung des Mindestlohns profitieren, in Haushalten mit mittleren Einkommen.<sup>12</sup> Hier ist die Konsumneigung relativ niedrig. Alles in allem dürfte sich die Konsumneigung durch die Einführung des Mindestlohns wohl nur wenig ändern. Angenommen wird daher in dieser Prognose, dass mit der Umverteilung von Gewinn- zu Lohneinkommen kein signifikanter Konsumeffekt ausgelöst wird.

Alles in allem steigen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in diesem Jahr um fast zweieinhalb Prozent, im kommenden Jahr liegt der Zuwachs sogar deutlich über drei Prozent. Aufgrund der niedrigen Teuerung entspricht dies auch spürbaren realen Einkommenszuwächsen. Bei unveränderter Sparquote wird der private Verbrauch in diesem Jahr um 1,2 Prozent steigen, im Jahr 2015 um 1,7 Prozent.

**Ausrüstungsinvestitionen ziehen an**

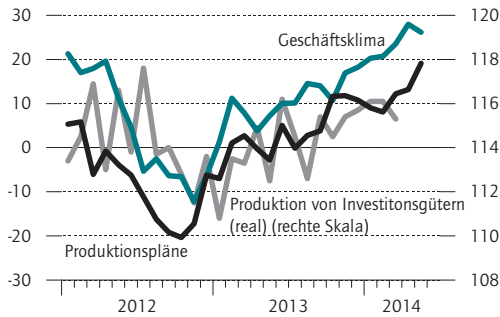
Die Investitionstätigkeit der Unternehmen hat im ersten Quartal 2014 mit 3,3 Prozent kräftig an Schwung gewonnen. Damit erholt sich die private Investitionstätigkeit sichtbar, trotz eines dämpfenden Effekts durch den Absatzeinbruch bei schweren Lkw. Die Anschaffung dieser Fahrzeuge wurde zum Jahresende 2013 vorgezogen, um die höheren Anschaffungs- und Unter-

<sup>12</sup> Brenke, K., Müller, K.-U. (2013): Gesetzlicher Mindestlohn: kein verteilungspolitisches Allheilmittel. DIW Wochenbericht Nr. 39/2013.

Abbildung 15

**Geschäftsklima bei Investitionsgüterherstellern**

Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen, verketteter Volumenindex (2010=100)



Quelle: ifo Institut.

© DIW Berlin 2014

Die Produktionspläne der Investitionsgüterhersteller sind sichtbar gestiegen.

haltskosten, resultierend aus der Verschärfung der Abgasnorm zum 1. Januar 2014, zu umgehen (Abbildung 13).<sup>13</sup>

Im Prognosezeitraum werden die Investitionen in Ausrüstungen weiterhin deutlich ausgeweitet. Die Kapazitätsauslastung der Industrie ist gestiegen und liegt mittlerweile leicht über dem langjährigen Durchschnitt. Die Unternehmen sehen sich nach wie vor einem Bestellüberhang gegenüber (Abbildung 14); Erweiterungsinvestitionen spielen daher auch eine wichtigere Rolle.<sup>14</sup> Zuletzt entwickelten sich die Inlandsaufträge für Investitionsgüter positiv. Die Unternehmen haben signalisiert, ihre Produktion deutlich auszuweiten.<sup>15</sup> Auch steigt das Geschäftsklima bei den Investitionsgüterherstellern im Trend sichtbar (Abbildung 15).

Im zweiten Quartal 2014 wird die Expansionsrate moderater ausfallen als zuletzt. Die Entwicklung in der Ukraine hat zu einer vorübergehenden Stimmungseintrübung geführt; dies hat sich wohl in einem Aufschub geplanter Investitionen niedergeschlagen. Bei zunehmenden Impulsen der Auslandnachfrage, kräftig anziehendem Konsum und weiterhin äußerst günstigen

<sup>13</sup> Von der positiven Gesamtentwicklung konnten die inländischen Hersteller von Investitionsgütern bisher allerdings nur bedingt profitieren; sowohl die Produktion als auch Umsätze spiegeln die Dynamik des ersten Quartals nicht wieder. Weitaus stärker entwickelten sich hingegen die Importe von Investitionsgütern.

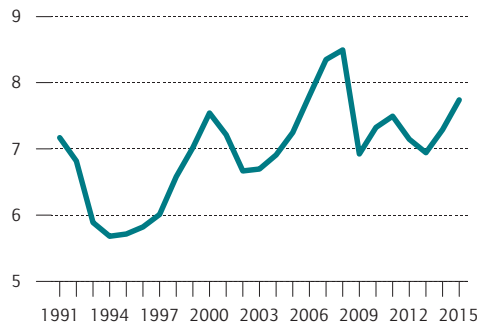
<sup>14</sup> DIHK-Konjunkturumfrage Frühlingssemester 2014.

<sup>15</sup> ifo Institut auf Grundlage der jüngsten Unternehmensbefragung im Mai.

Abbildung 16

**Investitionsquote**

Anteile am Bruttoinlandsprodukt in Prozent, real



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Nach wie vor ist die Investitionsquote niedriger als vor der Krise.

Finanzierungskonditionen dürften die Ausrüstungsinvestitionen im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums deutlich ausgeweitet werden. Dabei werden auch die aufgrund der Konjunkturschwäche in den vergangenen Jahren zurückgestellte Investitionen teilweise nachgeholt. In diesem Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen voraussichtlich um 6,9 Prozent zulegen. Im Jahr 2015 ist mit einer kräftigen Zunahme der Neuanschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen um 8,3 Prozent zu rechnen. Die Investitionsquote liegt damit aber nach wie vor unterhalb des vor der Wirtschafts- und Finanzkrise beobachteten Niveaus (Abbildung 16).

**Bauinvestitionen weiter kräftig**

Die Bautätigkeit wurde im Winterhalbjahr 2013/2014 kräftig ausgeweitet. Begünstigt durch das trockene und milde Wetter kam es kaum zu saisonüblichen Produktionsausfällen (Abbildung 17). Entsprechend ist im laufenden Quartal mit einem deutlichen Rücksetzer der Bauinvestitionen zu rechnen, da die sonst übliche Frühjahrsbelebung ausbleibt.<sup>16</sup> Die Grunddynamik ist aber weiterhin positiv und wird von den überaus günstigen Rahmenbedingungen getragen: dem niedrigen Zinsniveau bei gleichzeitig geringer Verzinsung alternativer Kapitalanlagen, der positiven Einkommensentwicklung und der guten Lage auf dem Arbeitsmarkt. Zudem hat sich die Finanzlage öffentlicher Bauherren, insbeson-

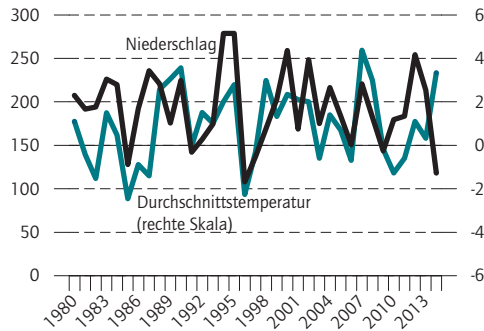
<sup>16</sup> Da der Wirtschaftsbau keine gesonderte Saisonbereinigung erfährt und als Differenz der Bauinvestitionen insgesamt, dem Wohnungsbau- sowie den öffentlichen Bauinvestitionen errechnet wird, sind hier bei außergewöhnlichen Witterungseinflüssen gegenläufige Entwicklungen gegenüber den anderen Bausparten zu beobachten.



Abbildung 17

**Bauwetter im Winter**

Durchschnittstemperaturen in °C und Niederschlagsmengen in mm



Quelle: Deutscher Wetterdienst.

© DIW Berlin 2014

Im Winter gab es kaum witterungsbedingte Einschränkungen der Bauwirtschaft.

dere auf kommunaler Ebene, weiter verbessert. Etwas getrübt wird das Bild allerdings durch die nach wie vor schwache Dynamik im Wirtschaftsbau.

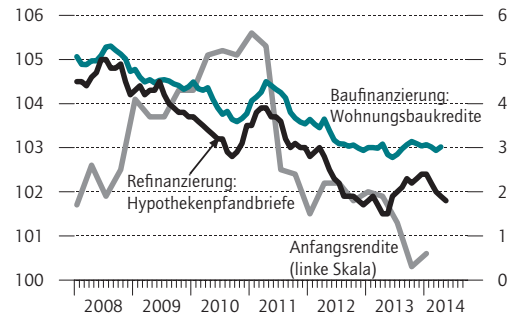
In Anbetracht der günstigen Witterungsumstände ist zudem davon auszugehen, dass Bauvorhaben bereits in den Wintermonaten abgearbeitet wurden. Dies sollte, bei gegebenem Planungs- und Ausschreibungsvorlauf, etwas dämpfen und zu einer gebremsten Dynamik bis in das dritte Quartal 2014 führen – dafür sprechen auch die am aktuellen Rand laut ifo leicht gesunkene Reichweite des Auftragsbestands im Wohnungsbau. Ab dem vierten Quartal steigen die Wohnungsbauinvestitionen wieder mit kräftigeren Raten. Die derzeit sinkenden Zinsen (insbesondere die Rendite der für die Refinanzierung relevanten Hypothekendarlehen) sind seit dem Jahreswechsel deutlich rückläufig (bei zuletzt leicht gestiegenen Erträgen aus Immobilieninvestitionen dürften die Investitionstätigkeit nach und nach anregen (Abbildung 18)). Zum Ende des Prognosezeitraums wird die Entwicklung der Wohnungsbauinvestitionen etwas an Dynamik verlieren. Die erteilten Baugenehmigungen sprechen zwar nach wie vor für ein hohes Niveau der Wohnungsbauinvestitionen; dämpfen dürften allerdings regulierende Eingriffe in den Wohnungsmarkt, insbesondere die Mietpreisbremse<sup>17</sup>, aber auch eine geringe-

<sup>17</sup> Kholodilin, K., Ulbricht, D. (2014): Mietpreisbremse: Wohnungsmarktregulierung bringt mehr Schaden als Nutzen. DIW Wochenbericht Nr. 15/2014, 319–327.

Abbildung 18

**Erträge und Finanzierungsbedingungen<sup>1</sup> im Wohnungsbau**

In Prozent beziehungsweise Index der Anfangsrendite



<sup>1</sup> 10-jährige Laufzeit.

Quelle: Bundesbank; Verband deutscher Pfandbriefbanken (VdP).

© DIW Berlin 2014

Die sinkenden Renditen der Hypothekendarlehen lassen weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen erwarten.

re Inflationserwartung und das wegfallende Motiv von Immobilien als „sicherer Hafen“.

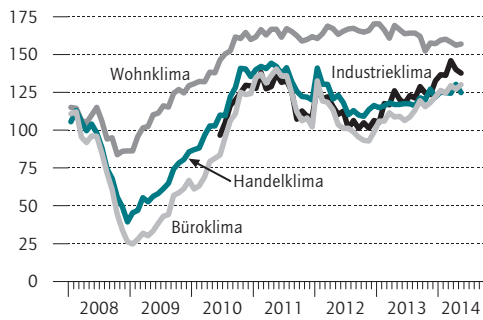
Die gewerblichen Bauinvestitionen werden im Prognosezeitraum anziehen. Die Unternehmen haben ihre Investitionszurückhaltung gelöst und werden die Produktionskapazitäten im Prognosezeitraum erweitern. Auch sind die Finanzierungsbedingungen nach wie vor günstig. Der Immobilienfinanzierungsindex DIFI spricht für eine Ausweitung des Kreditvolumens für die Finanzierung von Büroimmobilien, was für eine Ausweitung der gewerblichen Bauinvestitionen auch außerhalb des produzierenden Gewerbes spricht; dies signalisiert auch das Immobilienklima (Abbildung 19).

Die öffentlichen Bauinvestitionen sind vor dem Hintergrund der sich weiter verbessernden Kassenlage der Kommunen aufwärts gerichtet. Das hohe Niveau der öffentlichen Investitionen wird ausgeweitet. Dafür sprechen die Auftragseingänge für öffentliche Bauvorhaben, die zuletzt über dem Vorjahresniveau lagen. Zudem werden 2014 verstärkt Mittel aus dem Fluthilfefonds verbaut und zusätzliche Gelder in den Ausbau von Kindertagesstätten investiert. Im kommenden Jahr dürften die bereitgestellten Bundesmittel für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur zusätzliche Investitionen auslösen.

Abbildung 19

**Immobilienklima**

Indizes der Investorenstimmung in den jeweiligen Marktsegmenten (2008=100)



Quelle: BulwienGesa AG.

© DIW Berlin 2014

Die Investorenstimmung steigt im Nichtwohnungsbau.

**Importe dynamischer als Exporte**

Die Exporte nahmen im ersten Quartal 2014 lediglich um 0,2 Prozent gegenüber dem Schlussquartal zu. Während die Ausfuhren in die EU deutlich anstiegen, wurde in den Euroraum und in die USA nur geringfügig mehr verkauft. In die außereuropäischen Länder waren die Exporte rückläufig (Abbildung 20).

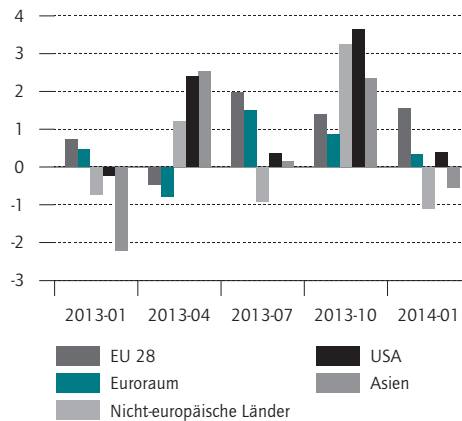
Für das zweite Quartal weisen die Frühindikatoren auf einen stärkeren Anstieg der Exporte hin. Die Auftragsengänge aus dem Ausland sind sowohl insgesamt als auch ohne Großaufträge zuletzt deutlich gestiegen (Abbildung 21). Die Vorleistungsgüterimporte legten im ersten Quartal kräftig zu und weisen auf zunehmende Exporte hin. Die Warenausfuhren aus der Zahlungsbilanzstatistik deuten für das zweite Quartal eine Ausweitung der Exporte um gut ein Prozent an.

Zwar haben sich die Aussichten für einige Absatzmärkte, etwa Russland, insbesondere aber China, eingetrübt. Zudem wird der Nachfragezuwachs aus dem Euroraum aufgrund der verhaltenen Wirtschaftsentwicklung moderat sein. Im weiteren Verlauf zieht die Auslandsnachfrage insgesamt jedoch nach und nach an, sodass die Ausfuhren etwas an Dynamik gewinnen werden (Abbildung 22). Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit hat sich zuletzt weiter verschlechtert (Abbildung 23), dies dürfte die Exporte im Prognosezeitraum etwas dämpfen. Alles in allem werden die Ausfuhren in diesem Jahr um 4,7 Prozent zu nehmen. Im kommenden Jahr dürften sie im Zuge der stärkeren Weltkonjunktur um 6,6 Prozent expandieren.

Abbildung 20

**Ausfuhren nach Regionen**

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Während die Exporte in die EU zuletzt zunahmen, wurde in die nicht-europäischen Länder weniger als im Vorquartal geliefert.

Die Importe sind im ersten Quartal mit 2,2 Prozent deutlich kräftiger als die Exporte gestiegen. Insbesondere aus Asien und den europäischen Ländern außerhalb der EU wurde mehr importiert. Aber auch die Länder des Euroraums profitierten von der höheren Importnachfrage aus Deutschland: Gut ein Drittel des Anstiegs der Importe kam aus dem Euroraum. Aufgrund der schwächeren Dynamik der Binnennachfrage dürften die Importe im zweiten Quartal deutlich weniger als zu Jahresbeginn ausgeweitet werden. Darauf deuten auch die Wareneinfuhren April hin. Im weiteren Verlauf werden die Importe bei steigenden Ausrüstungsinvestitionen und Konsumausgaben kräftig zulegen. Insgesamt dürften die Importe in diesem Jahr um 5,9 Prozent und im kommenden Jahr um 7,2 Prozent expandieren.

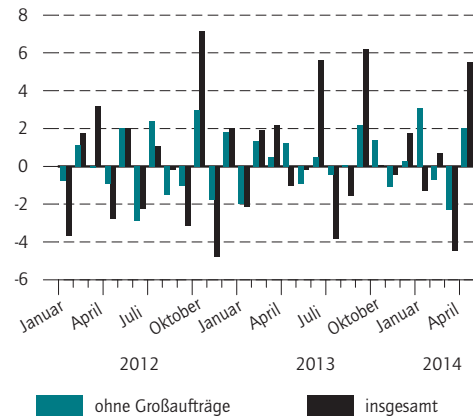
Der Wachstumsbeitrag des Außenhandels lag im ersten Quartal bei -0,9 Prozentpunkten. Auch im Jahresdurchschnitt 2014 wird er wegen der kräftigen Entwicklung der Importe negativ sein. Im kommenden Jahr dürften die Nettoexporte dann wieder leicht zum Wachstum beitragen. Der Außenbeitrag wird sowohl 2014 als auch 2015 sechs Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts betragen; der Leistungsbilanzsaldo liegt damit in beiden Jahren bei deutlich über sieben Prozent.

Die Einfuhrpreise gingen insbesondere wegen der sinkenden Preise für importierte Energie im ersten Quartal weiter zurück. Auch die Ausfuhrpreise gaben nach, al-

Abbildung 21

**Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland**

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quelle: Destatis.

© DIW Berlin 2014

Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind zuletzt kräftig gestiegen.

lerdings weniger stark als die Einfuhrpreise. Die Terms of Trade haben sich dementsprechend verbessert (Abbildung 24). Auch im zweiten Quartal werden die Außenhandelspreise wohl noch einmal fallen. Anschließend dürften sie im Zuge der anziehenden Weltkonjunktur aber nach und nach steigen. Die Importe werden sich aber weniger verteuern als die Exporte, auch weil die Ölpreise annahmegemäß leicht rückläufig sind. Damit verbessern sich die Terms of Trade um 0,8 Prozent in diesem Jahr, 2015 stagnieren sie.

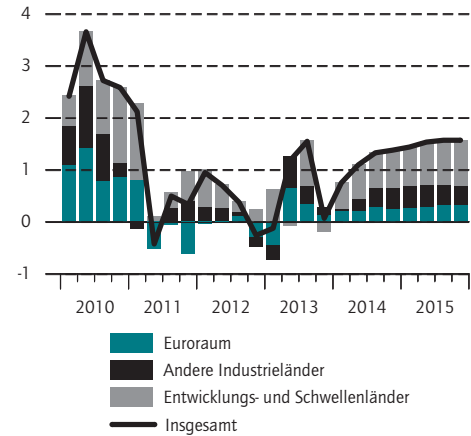
**Öffentliche Haushalte: Steigende Überschüsse – aber deutliche Risiken vor allem für den Bundeshaushalt**

Die Finanzlage des Staates ist entspannt und wird sich im Prognosezeitraum weiter verbessern. Die Einnahmen werden kräftig zulegen. So expandieren die direkten Steuern merklich – wenngleich in diesem Jahr mit geringerer Dynamik als in Vorjahren. Die Lohnsteuereinnahmen steigen weiter spürbar, denn der Beschäftigungsaufbau setzt sich fort und die Löhne nehmen deutlich zu. Zu Beginn dieses Jahres wurde allerdings der Grundfreibetrag erhöht; dies kann das Entstehen progressionsbedingter Mehreinnahmen zwar nicht vollständig vermeiden, lässt den Anstieg der Lohnsteuer in diesem Jahr aber geringer ausfallen. Im kommenden Jahr greift die kalte Progression wieder unvermindert

Abbildung 22

**Wachstumsbeiträge zur Auslandsnachfrage**

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



Quellen: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Die Auslandsnachfrage zieht im Prognosezeitraum etwas an.

und die Lohnsteuereinnahmen steigen stärker. Auch die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer nehmen nach wie vor kräftig zu, denn die Gewinne expandieren merklich. Die Körperschaftsteuereinnahmen dürften sich dennoch eher verhalten entwickeln – auch weil die Verlustvorträge bei den Kapitalgesellschaften hoch sind. Auch die anderen Gewinnsteuern dürften im laufenden Jahr mit einer etwas geringeren Dynamik zulegen.<sup>18</sup>

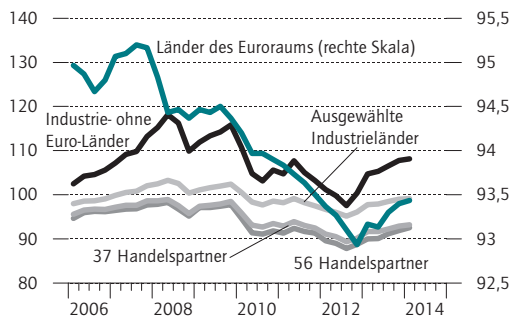
Die indirekten Steuern werden im Prognosezeitraum stärker als in den Vorjahren zunehmen. Ihre Entwicklung wird vor allem von den Steuern vom Umsatz getrieben. Da das Wirtschaftswachstum in den kommenden zwei Jahren durch die inländische Nachfrage getrieben wird, wird die Mehrwertsteuer deutlich zulegen. Die Steuereinnahmen insgesamt werden in diesem Jahr um 3,1 Prozent und im kommenden Jahr um 4,1 Prozent steigen.

Die hier vorhergesagte Entwicklung der Steuereinnahmen unterstellt, dass zwei im Prognosezeitraum zu erwartende Gerichtsurteile zu Gunsten des Fiskus ausfallen werden. In dieser Prognose ist zum einen unterstellt, dass das Bundesverfassungsgericht die Zinsschranke als ver-

<sup>18</sup> So wirkt das Urteil des EuGH zu den Streubesitzdividenden vor allem im Jahr 2014 einnahmeminierend.

Abbildung 23

**Preisliche Wettbewerbsfähigkeit**  
Realer effektiver Wechselkurs auf Basis  
der Verbraucherpreise



Quellen: Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2014

Aufgrund der realen Aufwertung hat sich die deutsche preisliche Wettbewerbsfähigkeit seit Mitte 2012 weiter verschlechtert.

fassungsgemäß anerkennt.<sup>19</sup> Eine gegenteilige Entscheidung wäre für Bund, Länder und Kommunen mit Mindereinnahmen von knapp einer Milliarde Euro pro Jahr verbunden. Zum anderen wird der EuGH urteilen müssen, ob die Erhebung der Kernbrennstoffsteuer in Deutschland mit dem europäischen Wettbewerbsrecht vereinbar ist. Den klagenden Versorgern EON und RWE sind bis zum Ergehen dieser Entscheidung bereits 2,2 Milliarden Euro Steuern zurückerstattet worden.<sup>20</sup> In der hier vorgelegten Prognose ist unterstellt, dass die Kernbrennstoffsteuer letztinstanzlich als rechtmäßig erweist.<sup>21</sup>

Die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen werden kräftig expandieren. Zum einen wird die Beschäftigung nach wie vor im sozialversicherungspflichtigen Bereich aufgebaut. Zum anderen wird – entgegen der Entwicklung in den vergangenen Jahren – der kumulierte Beitragssatz zur Sozialversicherung in diesem Jahr nicht sinken und im kommenden Jahr sogar leicht zunehmen. So wurde der Beitragssatz zur gesetz-

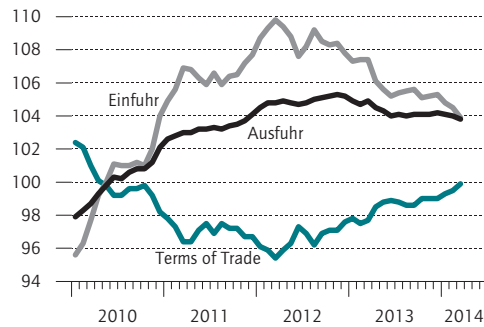
**19** Die Zinsschranke wurde mit der Unternehmensteuerreform 2008 eingeführt und soll verhindern, dass global tätige Unternehmen Zinsaufwand in Deutschland steuerlich geltend machen, der wirtschaftlich anderen Unternehmensstandorten zuzurechnen ist. Im Jahr 2014 dürften aufgrund dieser Regelung Steuereinnahmen in Höhe von 900 Millionen Euro vereinnahmt werden.

**20** In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen hat dies erst dann Auswirkungen, wenn ein Urteil zu Ungunsten des deutschen Fiskus ergangen ist, also wohl erst im Jahr 2015.

**21** Die Kernbrennstoffsteuer wurde im Jahr 2011 eingeführt und ist bis zum Jahr 2016 befristet. Die Steuer soll über diesen Zeitraum kumuliert ein Aufkommen von 7 ¼ Milliarden Euro erbringen.

Abbildung 24

**Außenhandelspreise**  
Index 2010 = 100



Quelle: Bundesbank.

© DIW Berlin 2014

Da die Einfuhrpreise stärker als die Ausfuhrpreise zurückgegangen sind, haben sich die Terms of Trade weiter verbessert.

lichen Rentenversicherung im laufenden Jahr konstant gehalten, um die beschlossenen Mehrausgaben zu finanzieren. Bei nach wie vor günstiger Entwicklung des Arbeitsmarktes wird er auch im kommenden Jahr unverändert sein.<sup>22</sup> Demgegenüber dürfte der durchschnittliche Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung im Jahr 2015 leicht zurückgehen; ab Beginn des nächsten Jahres wird nur noch der paritätisch finanzierte, gesetzliche Beitragssatz einheitlich geregelt sein, und der allein von den Arbeitnehmern zu tragende Zusatzbeitrag wird von der jeweiligen Krankenkasse festgelegt werden. Damit wird der Wettbewerb um Versicherte künftig auch über die Beitragssätze ausgeglichen und jene Kassen, deren Finanzlage es zulässt, dürften ihre Zusatzbeiträge senken. In dieser Prognose ist angenommen, dass der von den Arbeitnehmern zu leistende Beitragssatz im kommenden Jahr um ein Zehntel niedriger liegen wird.<sup>23</sup> Demgegenüber wird der

**22** Nach der geltenden Rechtslage soll der Beitragssatz dann angepasst werden, wenn die Schwankungsreserve voraussichtlich am Ende des kommenden Jahres geringer als das 0,3fache beziehungsweise höher als das 1,5fache einer Monatsausgabe beträgt. Danach hätte der Beitragssatz zu Beginn dieses Jahres reduziert werden müssen; dies wurde in Hinblick auf die Leistungsausweitungen allerdings unterlassen. Nach der hier zugrunde gelegten Arbeitsmarktentwicklung ist die Obergrenze am Ende des Jahres 2015 gerade erreicht, so dass auch für das Jahr 2015 ein konstanter Beitragssatz unterstellt wird.

**23** Die Finanzsituation einzelner Krankenversicherungen weicht deutlich voneinander ab. Einer Senkung des durchschnittlich zu entrichtenden Zusatzbeitrags steht nicht entgegen, dass einzelne Versicherungen ihn erhöhen müssen. Auch dürften die Krankenversicherungen relativ schnell gezwungen sein, diesen Beitragssatz wieder anzuheben, denn die Ausgaben werden infolge der demografischen Entwicklung dynamisch zulegen.

Beitragssatz zur Pflegeversicherung im nächsten Jahr um 0,3 Prozentpunkte erhöht; so sollen die beschlossenen Leistungsverbesserungen finanziert und ein Pflegevorsorgefonds aufgebaut werden. Alles in allem werden die Sozialbeiträge in diesem Jahr mit 3,6 Prozent und im kommenden Jahr mit 4,3 Prozent expandieren.

Die weiteren Einnahmen des Staates zeigen in diesem Jahr eine relativ hohe Dynamik, vor allem weil die Gewinnabführung der Bundesbank das Niveau aus den durch die Finanzkrise geprägten Vorjahren deutlich übersteigt, aber auch weil die Erbschaft- und Schenkungsteuer zurzeit kräftig zulegt. Im kommenden Jahr dürften sich diese Einnahmen dann wieder zurückbilden. Alles in allem werden die Einnahmen des Staates insgesamt in diesem Jahr um 3,3 Prozent und im kommenden Jahr um 3,6 Prozent zunehmen.

Die Ausgaben des Staates werden im Prognosezeitraum merklich expandieren. So haben vor allem die Gemeinden, aber auch einige Länder bereits im vergangenen Jahr ihre Ausgaben für Vorleistungen ausgeweitet. Dies dürfte vor dem Hintergrund der guten und sich weiter aufhellenden Finanzlage auch im Prognosezeitraum der Fall sein. Die Arbeitnehmerentgelte steigen eben-

falls deutlich. Zum einen zieht der im vergangenen Jahr auf Länderebene abgeschlossene Tarifvertrag auch in diesem Jahr noch Erhöhungen nach sich, und im kommenden Jahr steht ein neuer Abschluss an. Zum anderen wurden zu Beginn dieses Jahres für die Angestellten von Bund und Kommunen spürbare Lohnerhöhungen in diesem wie auch im nächsten Jahr vereinbart, und der Bund überträgt diesen Abschluss auf seine Beamten.<sup>24</sup> Die sozialen Sachleistungen legen ebenfalls kräftig zu – wenn auch weniger als im Jahr 2013, als die Abschaffung der Praxisgebühr diese Ausgaben erhöhte. Die Kostendynamik ist hier aufgrund der demographischen Entwicklung hoch. Im kommenden Jahr werden zudem die Leistungen der Pflegeversicherung verbessert.

Die monetären Sozialleistungen werden im Prognosezeitraum kräftig steigen. Zwar geht die Zahl der Arbeitslosen in beiden Jahren des Prognosezeitraums zurück, sodass sich die Ausgaben des Staates in diesem Bereich verhalten entwickeln. Die Ausgaben der Rentenversiche-

<sup>24</sup> Dabei wird ein Abschlag von 0,2 Prozentpunkten vorgenommen und die Versorgungsrücklage weiter aufgefüllt.

Tabelle 5

### Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren<sup>1</sup>

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	nachrichtlich: Zinssteuer- quote <sup>2</sup>	Schuldenstand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozialbeiträge		Zinsausgaben	Brutto- investitionen			
2000 <sup>3</sup>	45,9	23,3	18,5	47,2	3,2	1,9	-1,3	13,6	59,7
2001	44,3	21,7	18,3	47,4	3,1	1,8	-3,1	14,1	58,8
2002	43,8	21,4	18,3	47,7	2,9	1,8	-3,8	13,8	60,4
2003	44,0	21,4	18,4	48,1	3,0	1,6	-4,1	14,0	64,0
2004	43,3	21,1	18,1	47,1	2,9	1,5	-3,8	13,6	66,3
2005	43,6	21,4	17,9	46,9	2,8	1,4	-3,3	13,3	68,6
2006	43,7	22,2	17,3	45,3	2,9	1,5	-1,7	12,9	68,1
2007	43,7	23,0	16,5	43,5	2,8	1,5	0,2	12,3	65,2
2008	44,0	23,1	16,5	44,1	2,8	1,6	-0,1	11,9	66,8
2009	45,2	23,1	17,3	48,3	2,7	1,8	-3,1	11,6	74,5
2010 <sup>4</sup>	43,7	22,0	16,9	48,0	2,5	1,7	-4,4	11,5	82,4
2011	44,3	22,7	16,7	45,2	2,5	1,7	-0,8	11,1	79,9
2012	44,8	23,2	16,8	44,7	2,4	1,6	0,1	10,3	81,2
2013	44,7	23,2	16,8	44,5	2,1	1,6	0,2	8,9	78,4
2014	44,6	23,1	16,8	44,4	2,0	1,6	0,2	8,6	75,7
2015	44,5	23,2	16,9	43,9	1,9	1,6	0,7	8,4	72,5

<sup>1</sup> In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

<sup>2</sup> Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

<sup>3</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

<sup>4</sup> Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2012, 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

zung werden allerdings deutlich zulegen. Zum einen werden die Renten aufgrund der zugrunde zu legenden Lohnentwicklung spürbar angepasst werden. Zum anderen werden die Leistungen – insbesondere bei der Mütterrente und mit der Einführung der „Rente mit 63“ – deutlich ausgeweitet; dies wird ab Mitte des laufenden Jahres kräftige Mehrausgaben zur Folge haben. Alles in allem werden die monetären Sozialleistungen in diesem Jahr um 3,3 Prozent und im kommenden Jahr um 3,1 Prozent expandieren.

Die Bruttoinvestitionen des Staates sind bereits im vergangenen Jahr kräftig gestiegen, zu Beginn dieses Jahres haben sie abermals deutlich zugelegt. Dies dürfte auch im milden Winter begründet sein; getrieben wird die Entwicklung jedoch wohl vor allem von der guten Finanzlage der Kommunen, die der Hauptinvestor der öffentlichen Hand sind. Zudem dürfte die Bautätigkeit durch die im Fluthilfefonds bereitgestellten Mittel angeregt worden sein. Diese sind bisher zwar nur spärlich abgeflossen, die Bautätigkeit erfolgt aber vorgelagert. Zudem wird der Bund in diesem Jahr noch Mittel in Höhe von einer Milliarde Euro abrufen. Auch im weiteren Prognosezeitraum wird der Staat vermehrt Gelder für Investitionen zur Verfügung stellen. Zum einen sind in dieser Legislaturperiode zusätzliche Mittel für den Kita-Ausbau zum anderen Mehrausgaben für die

Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Die Zuwächse werden allerdings nur noch gering sein.

Demgegenüber werden die Vermögenstransfers des Staates im laufenden Jahr kräftig zunehmen, denn ein zu erwartendes Urteil des EuGH dürfte einmalig zu merklichen Mehrausgaben führen.<sup>25</sup> Alles in allem werden die Ausgaben des Staates in diesem Jahr um 3,3 Prozent und im kommenden Jahr um 2,5 Prozent steigen.

Der öffentliche Gesamthaushalt dürfte in beiden Jahren des Prognosezeitraums mit einem Überschuss abschließen, der in diesem Jahr in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt bei 0,2 Prozent und im kommenden Jahr bei 0,7 Prozent liegt (vgl. Tabelle 5). In konjunkturell bereinigter Betrachtung liegt der Finanzierungssaldo in diesem Jahr bei 0,5 Prozent und im kommenden Jahr bei 0,8 Prozent.

<sup>25</sup> Es steht eine Entscheidung zur Altersdiskriminierung bei der Beamtenbesoldung an. Da der EuGH in der Regel dem Gutachten des Generalanwalts folgt, dürfte festgestellt werden, dass bei der Besoldung in Deutschland jüngere Beamte diskriminiert werden. Damit dürften rückwirkende Gehaltszahlungen anfallen; dies wird sich in den Vermögenstransfers des Staates im Jahr 2014 niederschlagen.

**Ferdinand Fichtner** ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | [ffichtner@diw.de](mailto:ffichtner@diw.de)

**Guido Baldi** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Franziska Bremus** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

**Karl Brenke** ist Wissenschaftlicher Referent beim Vorstand des DIW Berlin

**Christian Dreger** ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

**Hella Engerer** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Christoph Große Steffen** ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Simon Junker** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Claus Michelsen** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Maximilian Podstawski** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**Malte Rieth** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

**Kristina van Deuverden** ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

**THE UPTURN CONTINUES**

---

**Abstract:** The German economy is expected to grow by 1.8 percent in 2014, keeping that pace in 2015, at a rate of two percent. GDP is expected to grow during the forecast period at rates only slightly above the trend; the slight under-utilization will therefore decrease correspondingly slowly. Inflation remains weak.

Global economic growth was weaker at the start of the year. In both the industrialized and emerging countries, rates of expansion have decreased. Monetary policy orientation will remain globally expansive during the forecast period. The restrictive stimuli of financial policy in industrialized countries will diminish. After a weak start to the year, the pace of growth in global economic development should accelerate somewhat. In the short term, catch-up effects in the US will become particularly evident. Later, the gradually improving situation on the labor markets of industrialized countries in conjunction with continued low inflation rates should bolster real earnings. This is likely to stimulate consumption and, as a consequence, corporate investment activity. Overall, the average annual growth rate of the world economy in

2014 and 2015 will reach 3.5 and 3.9 percent respectively. The rate of inflation is likely to be around three percent in this period.

In this environment, the German economy will continue its uptrend, albeit only at rates slightly above potential growth, as the industry will expand only moderately. The previously robust growth in the service sector may be further stimulated by a tangible increase in private consumption expenditure. Equipment investment and exports will increase significantly again going forward. There has been a marked increase in the number of employed people and employment should continue to rise noticeably. All in all, unemployment will recede in both 2014 and 2015 to 2.88 million and 2.83 million respectively and the unemployment rate will decline in both years, to 6.6 and 6.5 percent, respectively.

The overall public budget will also show a surplus in both years. This year it is likely to be as high as it was last year (0.2 percent in relation to nominal GDP) and next year it will then increase significantly to 0.7 percent.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter  
der Abteilung Konjunkturpolitik  
am DIW Berlin

## SIEBEN FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

# »Deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs«

1. Herr Fichtner, die deutsche Wirtschaft konnte in diesem Jahr bislang mit guten Zahlen aufwarten. Kann dieser Schwung auch in die zweite Jahreshälfte mitgenommen werden? Es sieht gut aus für die deutsche Wirtschaft, und es geht nach unserer Prognose weiter aufwärts. Das zweite Quartal wird ein bisschen schwächer ausfallen, weil das erste Quartal sehr kräftig gelaufen ist, aber wir erwarten für den Jahresdurchschnitt eine solide Wachstumsrate von 1,8 Prozent. Dabei wird die deutsche Wirtschaft mehr und mehr durch die binnenwirtschaftliche Entwicklung getragen. Auch die Investitionstätigkeit in Deutschland dürfte dieses Jahr wieder kräftiger anziehen.
2. Wird auch der Export weiter zulegen können? Die Exporttätigkeit war bis Mitte letzten Jahres kräftig. Dann haben wir um die Jahreshälfte im Winterhalbjahr eine etwas schwächere Entwicklung gesehen. Das dürfte sich jetzt aber wieder geben, denn da waren viele Sonderfaktoren dabei, beispielsweise der sehr kalte Winter in den USA. Die chinesische Regierung hat etwas Schwung aus dem Wachstum herausgenommen. Das alles hat sich auch in den deutschen Exporten niedergeschlagen. Die dürften aber im Jahresverlauf wieder anziehen und damit kräftig zur wirtschaftlichen Entwicklung beitragen.
3. Wie sieht es bei den Importen aus? Die deutschen Importe entwickeln sich ebenfalls recht kräftig. Das liegt daran, dass die binnenwirtschaftliche Entwicklung ganz solide ist. Insofern haben wir vom Außenhandel insgesamt kaum positive Wachstumsbeiträge zu erwarten. Das ist aber keine schlechte Sache. Wenn wir eine kräftige wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland haben, ist es auch in Ordnung, dass viel importiert wird.
4. Wie entwickelt sich der private Konsum in Deutschland? Tatsächlich erwarten wir vom privaten Konsum eine kräftige Entwicklung. Das liegt in erster Linie daran, dass die Arbeitsmarktsituation in Deutschland sehr gut ist und dass die Lohnabschlüsse sehr gut ausgefallen sind. Die Reallohnentwicklung ist die stärkste seit der deutschen Wiedervereinigung, und das kommt natürlich dem Konsum zu Gute.
5. Wird sich die gute Beschäftigungslage weiter fortsetzen können? Die Beschäftigung wird zwar nicht mehr ganz so stark steigen, wie in den vergangenen Jahren, aber wir haben insgesamt noch immer solide Beschäftigungsanstiege. Auch die Arbeitslosigkeit geht dieses und nächstes Jahr weiter zurück. Wir nehmen zwar an, dass im nächsten Jahr durch die Einführung des Mindestlohns rund 100 000 Jobs verlorengehen, trotzdem ergibt sich immer noch ein Rückgang der Arbeitslosenquote.
6. Mit welcher Inflationsrate rechnen Sie? Die Inflationsrate in Deutschland dürfte von 1,5 Prozent im letzten Jahr auf gut ein Prozent in diesem Jahr zurückgehen. Dabei spielt auch eine Rolle, dass die Energiepreise stark gefallen sind und dass wir uns in einem weltwirtschaftlichem Umfeld bewegen, in dem die Kapazitäten unterausgelastet sind. Auch in Deutschland haben wir noch unterausgelastete Kapazitäten. Daher sind die Spielräume bisher noch relativ gering, um die hohen Lohnsteigerungen in Form von höheren Preisen weiterzugeben. Nächstes Jahr wird die Inflationsrate mit erwarteten 1,5 Prozent wieder etwas höher ausfallen. Da spielt auch der Mindestlohn eine Rolle, der die Löhne noch einmal kräftig nach oben treibt, was sich sicherlich auch in steigenden Preisen niederschlagen wird.
7. Bleibt die Situation der öffentlichen Haushalte so gut wie bislang? Die Situation der öffentlichen Haushalte in Deutschland ist ausgesprochen günstig, obwohl wir dieses und nächstes Jahr relativ deutliche Mehrausgaben zu erwarten haben. Da hilft der Bundesregierung vor allem in den Sozialversicherungssystemen natürlich die gute Konjunktur. Deswegen kann man aus gesamtwirtschaftlicher Sicht davon ausgehen, dass der öffentliche Haushalt in diesem und im nächsten Jahr im Überschuss abschließen wird, trotz der teilweise sehr teuren Zusatzausgaben, die die neue Bundesregierung beschlossen hat.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden  
Sie auf [www.diw.de/interview](http://www.diw.de/interview)



## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>1. Entstehung des Inlandsprodukts</b>									
<b>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
Erwerbstätige	0,6	0,7	0,2	0,5	0,6	0,9	0,6	0,3	0,2
Arbeitszeit, arbeitstäglich	-0,2	0,5	-0,4	0,1	-0,5	1,2	-0,1	0,3	-1,0
Arbeitstage	-0,2	0,1	0,9	-1,3	0,8	-0,3	0,6	0,0	1,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,1	1,4	0,8	-0,6	0,9	1,7	1,1	0,6	1,0
Produktivität <sup>1</sup>	0,3	0,5	1,2	0,3	0,3	0,2	0,7	1,0	1,4
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,4</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>-0,3</b>	<b>1,2</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>1,6</b>	<b>2,4</b>
<b>2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen</b>									
<b>a) Mrd. Euro</b>									
Konsumausgaben	2 104,5	2 161,9	2 232,2	1 022,9	1 081,5	1 050,2	1 111,7	1 083,9	1 148,4
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 573,1	1 610,5	1 661,7	764,7	808,4	783,3	827,2	807,4	854,3
Staat	531,4	551,4	570,5	258,2	273,2	266,9	284,5	276,5	294,1
Anlageinvestitionen	471,4	501,7	532,2	221,3	250,1	236,2	265,5	249,0	283,2
Ausrüstungen	170,9	183,1	199,6	81,1	89,8	85,5	97,6	92,8	106,7
Bauten	270,6	287,8	300,6	125,9	144,6	135,9	151,9	140,9	159,7
Sonstige Anlageinvestitionen	30,0	30,8	32,0	14,3	15,7	14,7	16,1	15,3	16,7
Vorratsveränderung <sup>3</sup>	-6,1	3,2	2,1	5,6	-11,7	9,2	-6,1	8,0	-5,9
Inländische Verwendung	2 569,8	2 666,8	2 766,5	1 249,9	1 319,9	1 295,6	1 371,1	1 340,9	1 425,6
Außenbeitrag	167,8	169,5	176,0	86,0	81,9	88,4	81,0	90,2	85,8
Exporte	1 387,2	1 444,5	1 557,6	686,0	701,2	708,4	736,1	756,6	800,9
Importe	1 219,4	1 275,1	1 381,6	600,0	619,3	620,0	655,1	666,5	715,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 737,6</b>	<b>2 836,2</b>	<b>2 942,5</b>	<b>1 335,8</b>	<b>1 401,8</b>	<b>1 384,1</b>	<b>1 452,2</b>	<b>1 431,1</b>	<b>1 511,5</b>
<b>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
Konsumausgaben	2,7	2,7	3,3	2,4	3,0	2,7	2,8	3,2	3,3
Private Haushalte <sup>2</sup>	2,6	2,4	3,2	2,1	3,0	2,4	2,3	3,1	3,3
Staat	3,3	3,8	3,5	3,4	3,2	3,4	4,1	3,6	3,4
Anlageinvestitionen	0,2	6,4	6,1	-2,3	2,5	6,7	6,2	5,4	6,7
Ausrüstungen	-2,4	7,2	9,0	-4,8	0,0	5,5	8,6	8,5	9,4
Bauten	1,7	6,4	4,4	-1,0	4,1	8,0	5,0	3,6	5,2
Sonstige Anlageinvestitionen	2,1	2,6	4,1	2,1	2,1	2,6	2,6	4,3	3,9
Inländische Verwendung	2,4	3,8	3,7	1,8	3,1	3,7	3,9	3,5	4,0
Exporte	0,4	4,1	7,8	-0,7	1,6	3,3	5,0	6,8	8,8
Importe	-0,3	4,6	8,4	-1,3	0,7	3,3	5,8	7,5	9,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,7</b>	<b>3,6</b>	<b>3,7</b>	<b>1,9</b>	<b>3,4</b>	<b>3,6</b>	<b>3,6</b>	<b>3,4</b>	<b>4,1</b>
<b>3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt</b>									
<b>a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro</b>									
Konsumausgaben	1 875,6	1 895,4	1 922,7	918,5	957,1	927,8	967,6	940,2	982,6
Private Haushalte <sup>2</sup>	1 405,1	1 422,4	1 446,7	685,5	719,6	693,5	728,9	705,1	741,6
Staat	470,6	473,1	476,2	233,0	237,6	234,3	238,8	235,1	241,1
Anlageinvestitionen	427,7	450,3	471,0	200,5	227,2	211,7	238,6	220,0	250,9
Ausrüstungen	172,3	184,4	199,7	81,1	91,2	85,4	99,0	92,1	107,6
Bauten	220,0	229,8	234,9	102,9	117,2	109,0	120,7	110,6	124,4
Sonstige Anlageinvestitionen	33,6	34,6	36,2	15,9	17,8	16,3	18,2	17,1	19,0
Inländische Verwendung	2 304,7	2 357,1	2 403,8	1 130,9	1 173,8	1 156,8	1 200,3	1 176,6	1 227,3
Exporte	1 301,4	1 362,0	1 451,9	641,6	659,8	668,7	693,3	707,6	744,3
Importe	1 123,3	1 190,0	1 275,7	549,0	574,3	578,5	611,5	616,8	658,9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2 482,3</b>	<b>2 528,2</b>	<b>2 578,6</b>	<b>1 223,3</b>	<b>1 259,0</b>	<b>1 246,4</b>	<b>1 281,7</b>	<b>1 266,5</b>	<b>1 312,1</b>
<b>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
Konsumausgaben	0,8	1,1	1,4	0,4	1,1	1,0	1,1	1,3	1,5
Private Haushalte <sup>2</sup>	0,9	1,2	1,7	0,5	1,4	1,2	1,3	1,7	1,8
Staat	0,4	0,5	0,7	0,3	0,4	0,6	0,5	0,3	1,0
Anlageinvestitionen	-0,8	5,3	4,6	-3,3	1,5	5,6	5,0	3,9	5,2
Ausrüstungen	-2,4	7,0	8,3	-4,9	-0,1	5,3	8,5	7,9	8,7
Bauten	-0,2	4,4	2,2	-2,8	2,2	6,0	3,1	1,4	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	3,0	2,8	4,5	2,7	3,2	3,1	2,6	4,8	4,4
Inländische Verwendung	0,7	2,3	2,0	0,0	1,4	2,3	2,3	1,7	2,3
Exporte	0,9	4,7	6,6	-0,6	2,4	4,2	5,1	5,8	7,4
Importe	1,5	5,9	7,2	0,1	3,0	5,4	6,5	6,6	7,8
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,4</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>-0,3</b>	<b>1,2</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>1,6</b>	<b>2,4</b>

**noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005 = 100)</b>									
<b>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
Private Konsumausgaben <sup>2</sup>	1,6	1,1	1,4	1,6	1,6	1,3	1,0	1,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	2,9	3,2	2,8	3,1	2,7	2,8	3,6	3,2	2,4
Anlageinvestitionen	1,0	1,1	1,4	1,1	1,0	1,1	1,1	1,4	1,4
Ausrüstungen	0,1	0,1	0,6	0,1	0,0	0,2	0,1	0,6	0,6
Bauten	1,9	1,9	2,2	1,9	1,8	1,8	1,9	2,2	2,1
Exporte	-0,5	-0,5	1,2	-0,1	-0,8	-0,9	-0,1	0,9	1,3
Importe	-1,8	-1,3	1,1	-1,3	-2,2	-1,9	-0,7	0,8	1,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,2</b>	<b>1,7</b>	<b>1,7</b>	<b>2,3</b>	<b>2,2</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>
<b>5. Einkommensentstehung und -verteilung</b>									
<b>a) Mrd. Euro</b>									
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	2 027,8	2 084,8	2 165,0	992,9	1 034,9	1 024,6	1 060,2	1 061	1 103
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	255,5	264,2	276,5	123,7	131,7	128,4	135,9	134	142
Bruttolöhne und -gehälter	1 161,2	1 198,7	1 246,6	553,3	607,9	572,9	625,8	596	651
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	611,2	621,9	641,9	315,9	295,3	323,4	298,5	331	311
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	377,1	410,3	432,2	169,5	207,6	180,4	229,9	190	242
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2 404,9</b>	<b>2 495,1</b>	<b>2 597,1</b>	<b>1 162,4</b>	<b>1 242,5</b>	<b>1 205,0</b>	<b>1 290,1</b>	<b>1 251</b>	<b>1 346</b>
Abschreibungen	408,9	415,9	424,2	204,4	204,5	207,5	208,4	212	213
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2 813,8</b>	<b>2 911,0</b>	<b>3 021,4</b>	<b>1 366,8</b>	<b>1 447,0</b>	<b>1 412,5</b>	<b>1 498,5</b>	<b>1 463</b>	<b>1 559</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	2 127,9	2 211,6	2 305,6	1 025,5	1 102,5	1 065,2	1 146,4	1 107	1 198
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	711,3	748,7	782,5	348,4	362,9	363,9	384,8	377	405
Arbeitnehmerentgelt	1 416,7	1 462,9	1 523,1	677,1	739,6	701,3	761,7	730	793
<b>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
Primäreinkommen der privaten Haushalte <sup>2</sup>	2,6	2,8	3,8	2,1	3,1	3,2	2,4	3,6	4,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,8	3,4	4,6	1,9	1,7	3,7	3,2	4,7	4,6
Bruttolöhne und -gehälter	3,1	3,2	4,0	3,0	3,1	3,5	2,9	4,0	4,0
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	2,1	1,7	3,2	0,7	3,7	2,4	1,1	2,5	4,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	7,2	8,8	5,3	6,0	8,2	6,4	10,8	5,2	5,5
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>3,3</b>	<b>3,8</b>	<b>4,1</b>	<b>2,7</b>	<b>3,9</b>	<b>3,7</b>	<b>3,8</b>	<b>3,8</b>	<b>4,3</b>
Abschreibungen	1,7	1,7	2,0	1,8	1,6	1,5	1,9	2,0	2,0
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>3,1</b>	<b>3,5</b>	<b>3,8</b>	<b>2,5</b>	<b>3,6</b>	<b>3,3</b>	<b>3,6</b>	<b>3,6</b>	<b>4,0</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Volkseinkommen	3,6	3,9	4,2	2,9	4,2	3,9	4,0	4,0	4,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	5,1	5,3	4,5	3,1	7,1	4,4	6,0	3,6	5,3
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,3	4,1	2,8	2,9	3,6	3,0	4,1	4,1
<b>6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte</b>									
<b>a) Mrd. Euro</b>									
Masseneinkommen	1 170,7	1 203,9	1 242,7	564,0	606,8	578,5	625,4	599	644
Nettolöhne- und -gehälter	773,2	794,0	820,8	364,7	408,4	375,6	418,4	389	432
Monetäre Sozialleistungen	489,5	504,7	519,4	245,5	244,1	250,3	254,5	259	260
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	92,0	94,8	97,6	46,2	45,8	47,4	47,4	49	49
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	611,2	621,9	641,9	315,9	295,3	323,4	298,5	331	311
Sonstige Transfers (Saldo) <sup>6</sup>	-64,5	-66,4	-67,8	-32,1	-32,4	-33,1	-33,3	-34	-34
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1 717,4</b>	<b>1 759,4</b>	<b>1 816,7</b>	<b>847,8</b>	<b>869,6</b>	<b>868,8</b>	<b>890,6</b>	<b>897</b>	<b>920</b>
<i>Nachrichtlich:</i>									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	29,8	30,0	30,3	14,7	15,1	14,8	15,2	15	15
Konsumausgaben	1 573,1	1 610,5	1 661,7	764,7	808,4	783,3	827,2	807	854
Sparen	174,1	178,9	185,3	97,7	76,3	100,4	78,5	104	81
Sparquote in Prozent <sup>7</sup>	10,0	10,1	10,1	11,3	8,6	11,4	8,7	11,4	8,7
<b>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
Masseneinkommen	2,6	2,8	3,2	2,7	2,5	2,6	3,1	3,6	2,9
Nettolöhne- und -gehälter	2,8	2,7	3,4	2,8	2,9	3,0	2,4	3,5	3,3
Monetäre Sozialleistungen	2,2	3,1	2,9	2,6	1,8	2,0	4,3	3,6	2,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen <sup>5</sup>	2,4	3,1	2,9	3,1	1,7	2,5	3,7	3,3	2,6
Übrige Primäreinkommen <sup>4</sup>	2,1	1,7	3,2	0,7	3,7	2,4	1,1	2,5	4,0
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2,2</b>	<b>2,4</b>	<b>3,3</b>	<b>1,6</b>	<b>2,9</b>	<b>2,5</b>	<b>2,4</b>	<b>3,2</b>	<b>3,3</b>
Konsumausgaben	2,6	2,4	3,2	2,1	3,0	2,4	2,3	3,1	3,3
Sparen	-1,4	2,8	3,6	-2,8	0,6	2,7	2,9	3,8	3,3

**noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland**

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2015

	2013	2014	2015	2013		2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
<b>7. Einnahmen und Ausgaben des Staates<sup>a</sup></b>									
<b>a) Mrd. Euro</b>									
<b>Einnahmen</b>									
Steuern	635,9	655,8	682,6	318,5	317,4	328,2	327,6	341,7	340,8
direkte Steuern	333,6	346,9	365,6	169,4	164,2	176,1	170,8	185,6	180,0
indirekte Steuern	302,3	308,9	317,0	149,1	153,2	152,1	156,8	156,1	160,9
Sozialbeiträge	459,4	476,1	496,7	223,2	236,3	231,6	244,4	241,9	254,9
Vermögenseinkommen	20,4	23,8	21,3	11,6	8,8	15,2	8,6	12,9	8,4
Laufende Übertragungen	17,4	17,6	17,8	8,4	9,1	8,5	9,2	8,6	9,3
Vermögenstransfers	10,5	11,1	10,8	4,8	5,7	5,2	5,8	5,0	5,8
Verkäufe	80,4	80,1	80,8	37,6	42,7	37,4	42,7	37,7	43,1
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	29,0	23,6	26,6	23,6
<b>Insgesamt</b>	<b>1 224,1</b>	<b>1 264,6</b>	<b>1 310,2</b>	<b>604,2</b>	<b>620,0</b>	<b>626,2</b>	<b>638,4</b>	<b>647,9</b>	<b>662,3</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	134,2	138,2	142,7	62,3	71,9	63,6	74,6	65,7	77,0
Arbeitnehmerentgelte	208,2	215,2	220,4	100,1	108,1	103,0	112,2	105,7	114,7
Soziale Sachleistungen	224,3	232,8	242,4	110,9	113,5	115,0	117,7	119,8	122,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	56,8	55,7	56,0	28,8	28,0	28,2	27,5	28,4	27,6
Subventionen	25,3	25,3	25,4	12,2	13,2	12,2	13,2	12,2	13,2
Monetäre Sozialleistungen	440,3	454,7	469,0	220,7	219,5	225,3	229,3	234,2	234,8
Sonstige laufende Transfers	65,88	65,07	67,28	34,3	31,5	35,4	29,7	35,8	31,5
Bruttoinvestitionen	43,0	46,1	46,8	17,7	25,3	19,8	26,3	19,9	26,9
Vermögenstransfers	22,3	26,6	20,5	9,6	12,7	10,2	16,5	8,6	11,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	-1,4	-1,4	-1,4	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7	-0,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>1 218,9</b>	<b>1 258,3</b>	<b>1 289,0</b>	<b>596,0</b>	<b>622,9</b>	<b>612,0</b>	<b>646,3</b>	<b>629,7</b>	<b>659,4</b>
Finanzierungssaldo	5,2	6,3	21,2	8,2	-3,0	14,2	-7,9	18,2	3,0
<b>b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr</b>									
<b>Einnahmen</b>									
Steuern	2,9	3,1	4,1	2,9	3,0	3,0	3,2	4,1	4,0
direkte Steuern	4,4	4,0	5,4	4,7	4,1	4,0	4,0	5,4	5,4
indirekte Steuern	1,3	2,2	2,6	0,9	1,8	2,0	2,4	2,7	2,6
Sozialbeiträge	2,3	3,6	4,3	2,4	2,3	3,8	3,5	4,4	4,3
Vermögenseinkommen	-10,6	16,6	-10,4	-4,2	-17,8	31,1	-2,4	-15,1	-2,2
Laufende Übertragungen	-0,1	1,1	1,1	3,0	-2,7	1,2	1,1	1,2	1,1
Vermögenstransfers	-0,3	5,6	-2,1	3,2	-3,1	8,9	2,8	-4,3	-0,1
Verkäufe	5,6	-0,3	0,9	5,3	5,9	-0,7	0,0	0,9	0,9
Sonstige Subventionen	-39,3	0,0	0,0	-46,2	-33,3	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>2,5</b>	<b>3,3</b>	<b>3,6</b>	<b>2,7</b>	<b>2,4</b>	<b>3,6</b>	<b>3,0</b>	<b>3,5</b>	<b>3,7</b>
<b>Ausgaben</b>									
Vorleistungen	2,5	3,0	3,3	4,1	1,1	2,2	3,7	3,3	3,2
Arbeitnehmerentgelte	2,1	3,3	2,4	2,2	2,1	2,9	3,8	2,7	2,2
Soziale Sachleistungen	5,3	3,8	4,1	4,4	6,1	3,7	3,8	4,1	4,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-11,0	-2,0	0,6	-9,7	-12,3	-2,0	-1,9	0,5	0,6
Subventionen	2,8	0,1	0,2	2,1	3,5	0,2	0,0	0,2	0,2
Monetäre Sozialleistungen	2,3	3,3	3,1	2,7	2,0	2,1	4,5	3,9	2,4
Sonstige laufende Transfers <sup>9</sup>	15,4	-1,2	3,4	12,3	19,0	3,0	-5,8	1,3	5,9
Bruttoinvestitionen	4,0	7,3	1,4	4,8	3,4	11,7	4,2	0,2	2,2
Vermögenstransfers <sup>9</sup>	-19,9	19,6	-23,0	-9,0	-26,6	6,0	29,9	-15,0	-27,9
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen <sup>9</sup>	3,7	0,0	0,0	13,3	-4,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben <sup>9</sup>	-14,3	-16,7	0,0	-33,3	0,0	0,0	-25,0	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>2,3</b>	<b>3,2</b>	<b>2,4</b>	<b>2,7</b>	<b>1,9</b>	<b>2,7</b>	<b>3,7</b>	<b>2,9</b>	<b>2,0</b>

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

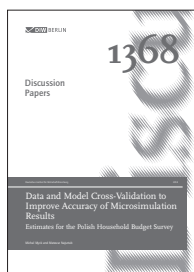
3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

Discussion Papers Nr. 1368  
2014 | Michal Myck, Mateusz Najsztub



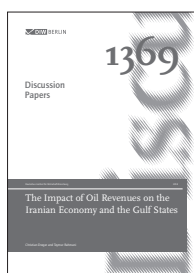
## Data and Model Cross-Validation to Improve Accuracy of Microsimulation Results: Estimates for the Polish Household Budget Survey

We conduct detailed analysis of the Polish Household Budget Survey data for the years 2006-2011 with the focus on its representativeness from the point of view of microsimulation analysis. We find important discrepancies between the data weighted with baseline grossing-up weights and official statistics from other sources. A number of re-weighting exercises is examined from the point of view of the accuracy of microsimulation results and we show that using a combination of demographic calibration targets with several economic status variables or tax identifiers from the microsimulation model substantially improves the correspondence of model results and administrative data. While demographic re-weighting is neutral from the point of view of income distribution, calibrating the grossing-up weights to adjust for economic status and tax identifiers significantly increases income inequality. We argue that although data reweighting can substantially improve the accuracy of microsimulation it should be used with caution.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)



Discussion Papers Nr. 1369  
2014 | Christian Dreger, Teymur Rahmani

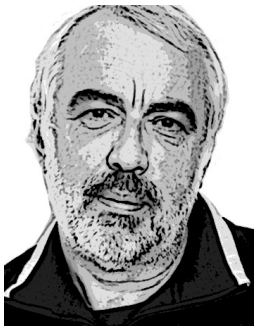


## The Impact of Oil Revenues on the Iranian Economy and the Gulf States

In line with the neoclassical growth model a persistent stream of oil revenues might have a long lasting impact on GDP per capita in oil exporting countries through higher investment activities. This relationship is explored for Iran and the countries of the Gulf Cooperation Council (GCC) using (panel) cointegration techniques. The existence of cointegration between oil revenues, GDP and investment can be confirmed for all countries. While the cointegration vector is found to be unique for Iran, long run equations for GDP and investment per capita are distinguished for the Gulf countries. Both variables respond to deviations from the steady state, while oil income can be treated as weakly exogenous. The long run oil elasticities for the Gulf states exceed their Iranian counterparts. In addition, investment in Iran does not react to oil revenues in the long run. Hence, oil revenues may have been spent less wisely in Iran over the past decades.

[www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere](http://www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere)





Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Referent im Vorstand des DIW Berlin. Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

# Jugendarbeitslosigkeit: Bildungsreformen statt Beschäftigungsprogramme

Im Herbst 2012 verständigten sich die Staats- und Regierungschef der EU auf eine sogenannte Jugendgarantie: Spätestens nach vier Monaten soll arbeitslosen Jugendlichen und Schulabgängern ein „hochwertiges“ Angebot auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz oder ein Praktikum unterbreitet werden. Was ist inzwischen geschehen? In der Realität praktisch nichts; das Thema Jugendarbeitslosigkeit ist aber inzwischen weitgehend aus den Schlagzeilen verschwunden. Vielleicht ging es ja darum.

Nach wie vor verharrt die Jugendarbeitslosigkeit auf hohem Niveau. In manchen Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal oder Spanien ist die Quote zwar etwas gesunken. Als Entspannung der Lage ist das aber nicht zu deuten, denn zugleich haben immer mehr junge Leute dem Arbeitsmarkt den Rücken zugekehrt, bleiben wegen schlechter Beschäftigungschancen länger im Bildungssystem oder haben resigniert. In einigen anderen Ländern hat die Jugendarbeitslosigkeit weiter angezogen, insbesondere in Italien sowie etwa in den Niederlanden oder in Finnland. Finnland gilt übrigens der EU-Kommission als Musterbeispiel einer erfolgreichen Umsetzung einer Jugendgarantie; die Jugendarbeitslosenquote beträgt dort allerdings inzwischen mehr als 20 Prozent.

Nach Vorstellungen der EU-Kommission sind für die Umsetzung der Jugendgarantie 21 Milliarden Euro pro Jahr nötig. Der Mitteleinsatz würde sich lohnen, denn die Jugendarbeitslosigkeit verursache jährliche Kosten in Höhe von 153 Milliarden Euro in Form von Sozialtransfers sowie entgangenen Einkommen und Steuern. Gäbe es keine Jugendarbeitslosigkeit, wäre das Bruttoinlandsprodukt um 1,21 Prozent jährlich höher.

Leider ist es nicht damit getan, Geld für Maßnahmen in die Hand zu nehmen – und schon ist die Arbeitslosigkeit hinfort. Die Wirtschaft funktioniert anders. Die Erfah-

rungen von Jahrzehnten in Deutschland und anderswo zeigen: Mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen kann man vielleicht die Statistik schönen, aber nicht für nachhaltige Beschäftigung sorgen. Man muss vielmehr die Hebel bei den Ursachen, also bei den ökonomischen Rahmenbedingungen, ansetzen. Speziell mit Blick auf die nachwachsende Generation fällt auf, dass die Arbeitslosenquote bei den Jugendlichen in vielen Ländern mehr als doppelt so hoch ist wie die der Erwachsenen. Zum Teil liegt das daran, dass viele Jugendliche überhaupt keinen Berufsabschluss haben, nicht zuletzt auch daran, dass die Ausbildung in den meisten EU-Staaten viel zu wenig praxisorientiert ausgerichtet ist. In Ländern mit einem dualen Ausbildungssystem gibt es indes kaum eine außergewöhnlich hohe Jugendarbeitslosigkeit. Es könnte also die Bildungspolitik helfen, die allerdings weitgehend nationale Aufgabe ist. Um Reformen einzuleiten, bedarf es einer europaweiten Diskussion. Die EU-Kommission könnte hierzu Anstöße geben, um Vorbehalte mancher Akteure auszuräumen. In Deutschland beispielsweise dringen die Gewerkschaften in Tarifvertragsverhandlungen darauf, dass sich die Arbeitgeber dazu verpflichten, ein bestimmtes Maß an Ausbildungsplätzen bereitzustellen. In Schweden, wo die Jugendarbeitslosenquote bei 22 Prozent liegt, lehnen dagegen die Gewerkschaften die duale Ausbildung grundsätzlich ab, weil sie diese als ein Instrument zur Ausbeutung von Jugendlichen ansehen.

Inzwischen hat das Bundesministerium für Arbeit sein Konzept zur Umsetzung der Jugendgarantie vorgelegt. Man will Jugendlichen eine Ausbildungsberatung, berufsvorbereitende Maßnahmen oder eine Weiterbildung anbieten sowie die regionale Mobilität von Auszubildenden fördern. Alles nichts Neues, nur Bekanntes, allenfalls mit etwas Feinschliff versehen – aber sinnvoll, weil der Hebel bei der Bildung angesetzt wird. Was soll man denn auch sonst tun? Etwa mit groß angelegten Arbeitsbeschaffungsprogrammen viele Scheinarbeitsplätze bereitstellen?